

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 4808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltenen Kolonials 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vom Einzelbetrieb zum Elektromontantrost

Industrielle Konzentrationen und ihre Geschichte*

(Fortsetzung.)

Die Banken.

Im Mittelpunkt des kapitalistischen Treibens stehen gegenwärtig die Banken. Ob es sich um die Finanz- oder Handelspolitik des Staates handelt, um Krieg oder Frieden, um Kolonien in Afrika oder Elektrizitätswerke in den deutschen Großstädten, um parlamentarische oder gewerkschaftliche Kämpfe, überall stoßen wir auf den Einfluß der Banken. Man findet sich in der Industrie nicht mehr zurecht, wenn man ihre Zusammenhänge mit den Banken nicht kennt.

(Parvus: „Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.“)

Durchwandert man die Geschäftsviertel der Großstädte, so fallen vor allem die großen Geschäftsgebäude der Banken in die Augen. Nichts geben die Menschen daran vorüber, obwohl in diesen Räumen die Treibern der Wirtschaft lausen, hier die Schalttafeln der nationalen wirtschaftlichen Energie sich befinden, hier der Mechanismus des arbeitenden Volksganzen seine eigentliche Treibfeder hat. In diesen Monumentalbauten, wo die Genes der modernen Volkswirtschaft herrscht, begegnen sich, nach Sombart, die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, „aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befehlen, in denen Könige antichambrieren, um sich den Entscheid über Leben oder Sterben zu holen.“ Hier entscheidet sich das Geschick des staatlichen Organismus, hier liegt der soziale Keim, der ein und dieselbe Nation in zwei sich vollständig fremd gegenüberstehende Völker: arm und reich, auseinanderprengt.

Die heute noch bestehenden Großbanken wurden zum größten Teil, wie wir in dem Abschnitt: „Aus der Freiheit des Kapitalismus“ (Nr. 17 der M.-Ztg.) schon erwähnt, in der Sturm- und Drangperiode der 50er Jahre gegründet. Während früher die Hauptbetätigung der Banken die Vermittlung von Staatskredit war, ein Geschäft, das der alten Bankdynastie Rothschild Gelegenheit gab, sich Fürsten und Könige unterstehen zu machen, verfolgten die neuen Banken andere Ziele. Ähnlich dem französischen Crédit mobilier (Société générale de Crédit mobilier), der nach den Ideen des sozialistischen Utopisten St. Simon 1852 gegründet wurde, sollten die neugegründeten deutschen Banken weniger sich den Selbstgeschäften mit den Staaten widmen, sondern der jungen Industrie den notwendigen Kredit vermitteln. Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) ist, so heißt es in deren ersten Geschäftsbericht 1853, „vielmehr berufen, durch eigene Beteiligung und durch Anlage fremder Fonds solche und große Unternehmungen zu fördern und nach Kräften durch die auf einem hohen Standpunkte sich darbietende klare Einsicht in die Gesamtlage der deutschen Industrie dazu mitzuwirken, daß Unternehmungsgeld und Kapital in die richtigen, den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechende Bahnen geleitet werden.“ Damit beschränkten die Banken grundsätzlich neue Bahnen, die ihnen die Welt Herrschaft eröffnen sollten.

Eines jener Geschäfte, die die Macht des Finanzkapitals, welches in den Banken in Erscheinung trat, befestigte und den Grundstock ihres Vormarschens abgab, war die Gründung und Finanzierung von Eisenbahngesellschaften. Diese Gesellschaften benötigten in Erfüllung ihrer Aufgabe große Kapitalien. Doch da sich die Eisenbahnen anfangs ihres Lebens schlecht rentieren wollten, gerieten viele derselben in Zahlungsschwierigkeiten und mußten den Konkurs anmelden. Den Banken befaßen diese Konkurse keineswegs schlecht, sondern sie machten dabei ganz ansehnliche Geschäfte. Das Eingreifen der Staaten, was zur Verstaatlichung der meisten Eisenbahngesellschaften führte, gab den Banken wiederum doppelt Gelegenheit, Gewinne zu erzielen: erstens steckten sie die Provisionen an, indem sie den Staaten das notwendige Geld vermittelten und zweitens befaßen sie den größten Vahen von der Abfindungssumme der privaten Gesellschaften. Auch das Geldbedürfnis der deutschen Staaten in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 gestaltete sich für die Banken zu einem äußerst lukrativen Geschäft. Komte doch zum Beispiel die Diskontogesellschaft 1870 12 Proz., 1871 23 Proz. und 1872 26 Proz. Dividende verteilen, während dieser Zeit in den Jahren vorher nicht über acht Prozent hinausgegangen war. Die Geldtransaktionen der Staaten und Kommunen in den drei Jahrzehnten 1860 bis 1890 waren nicht minder eine Quelle reichlicher Gewinne.

Die industrielle Gründerperiode 1870 bis 1873 zog die Banken ebenfalls in ihren Bann. Waren sie doch hervorragend engagiert, jene große Zahl von Fabriken zu finanzieren, die um diese Zeit gegründet wurden. Der katastrophale Zusammenbruch 1873/74 blieb auch für die Banken nicht ohne Folgen. Sie erlitten teilweise empfindliche Verluste, was ihnen Veranlassung gab, auf dem Gebiete der industriellen Finanzierung die größte Vorsicht zu üben. Wie in der Industrie, so begann auch für die Banken ab Mitte der 70er Jahre eine Periode der ruhigen, aber stetigen und desto sichereren Entwicklung. Zunächst begannen sich die Formen des industriellen Kredits modern zu entwickeln. Nichts doch in Deutschland erst die Grundlagen für ein geordnetes Geld- und Kreditgeschäft geschaffen werden. Es war die Deutsche Bank, die den Depositenverkehr in Deutschland auf breiter Basis einführte und zu einem System entwickelte. In England war dieses System schon seit Jahrzehnten in Übung und war namentlich in London zu großer Ausdehnung gelangt. Die Depositenkassen der Deutschen Bank erstreuten sich bald einer allgemeinen Beliebtheit in der Geschäftswelt. Die Entwicklung dieses Geschäftszweiges war auch

deshalb von Erfolg, weil die Reichsbank von 1879 ab Depositen nicht mehr annahm und die Deutsche Bank entgegen der englischen Gepflogenheit eine Verzinsung von 1 bis 3/4 Prozent der Depositionen eintraten ließ. Die Depositenkassen sind die Sparkassen der Bourgeoisie, geben die Möglichkeit, Geld nicht brach liegen zu lassen und es trotzdem jederzeit flüssig zur Verfügung zu haben. Für die Banken erwies sich die Depositen als ein großer Vorteil. Durch viele kleine Kanäle fließt das unproduktiv daliegende Kapital in die Tresors der Großbanken und wird hier durch die Vermittlung der Banken in Produktionskapital verwandelt.

In Verbindung mit dem Kontokorrentkredit gerieten die Banken hierdurch in nahe Beziehungen zur gesamten Industrie- und Geschäftswelt. Der Kontokorrentkredit hat sich zum industriellen Bankkredit im engeren Sinne entwickelt. Die Bedeutung desselben für das Verhältnis der Banken zur Industrie sieht Otto Feidels in seinem Buche: „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“ in drei Gründen:

1. Durch seine entscheidende Wichtigkeit für die ruhige Ausdehnung eines Unternehmens schafft er eine Abhängigkeit von den Kreditgebern.

2. Die geschäftliche Natur des industriellen Bankkredits übt noch mehr als die bisher erwähnten Kreditgeschäfte eine Wirkung auf die Organisation des Bankwesens aus: einmal in der Richtung, daß gewisse Bankformen, die für dieses Geschäft nicht geeignet sind, mit der wachsenden Notwendigkeit industriellen Bankkredits ihre bisherige Stellung verlieren und leistungsfähige Großbanken an ihre Stelle treten, diese aber wiederum gezwungen sind, weiterverzweigte lokale Beziehungen zu den einzelnen Industriegebieten anzuknüpfen; sie wirkt also auf die Bankkonzentration hin. Die Natur des industriellen Bankkredits mit ihren geschäftlichen Folgen und Gefahren ändert aber auch die Grundzüge des Bankbetriebes; die eigenartigen Beziehungen zur Industrie, die gewollt oder ungewollt durch den Bankkredit entstehen, verlangen neue Prinzipien, eine andere Konstitution der Industrie seitens der Bankleiter.

3. Schließlich ist das industrielle Kontokorrentgeschäft der Angelpunkt sämtlicher Geschäfte der Bank mit der Industrie: die Gründungs- und Emissionsstätigkeit, die direkte Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen, das Mitwirken bei der Leitung industrieller Betriebe als Mitglied des Aufsichtsrats stehen zu dem Bankkredit in sehr vielen Fällen in dem engen Verhältnis von Ursache und Wirkung.

War der Kontokorrentkredit ein Mittel der Banken, die Industrie dauernd zu kontrollieren und zu beeinflussen, so war es natürlich nicht das Einzige. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften ermöglichte die Bildung eines engen Bandes zwischen Industrie und Bankwelt. Die Umwandlung eines Unternehmens in eine Aktiengesellschaft geht von Banken aus, die dadurch schon bei der Geburt des Unternehmens einen tiefen Einblick in deren Geschäftsgebiet bekommt. Die später notwendigen Kapitalerhöhungen oder die Vergebung von Obligationen werden ebenfalls von Banken vorgenommen. Macht sich eine Fusion mit einem anderen Unternehmen notwendig oder sollen gleiche Betriebe in irgend ein enges Verhältnis zueinander gebracht werden, so sind es wiederum die Banken, die diesen Akt vornehmen oder kontrollieren. Die Banken begleiten eine Aktiengesellschaft von der Wiege bis zum Grabe, bei allen gewöhnlichen oder außergewöhnlichen finanziellen Vorgängen müssen sie in Anspruch genommen werden, woraus sich eine enge Abhängigkeit der industriellen Unternehmungen von den Banken ohne weiteres von selbst ergibt.

Die Rückschlüsse in den 70er Jahren hatten den Banken gelehrt, mit Vorsicht an die Kreditierung der Industrie heranzugehen. Wir sehen denn auch, daß sich bei den Banken immer mehr das Bestreben geltend machte, aus eigener Anschauung die Richtung der Handels herzuweisen. Allerdings waren die Banken nur Kreditinstitute und wollten schließlich auch gar nichts anderes sein; aber die neuartigen Formen des industriellen Kredits verlangten eine intensive Beobachtung des wildwuchernden Lebens der Industrie. Aus diesen Gründen mußte der Bankier zum Industriekennner werden. Sich dauernd mit der Industrie oder einzelnen Zweigen derselben zu beschäftigen, war dem Privatbankier unmöglich. Wohl war der Privatbankier in der Lage, einen Betrieb in der Nähe seines Domizils zu überwachen; dies änderte sich jedoch, wenn der betreffende Betrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden mußte oder sonstige größere Transaktionen notwendig wurden. Dann war nur die Großbank in der Lage einzugreifen. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, einer Mittelbank, der sogenannten Provinzbank, das Geschäft zu überlassen. Doch auch die Provinzbank hatte große Hemmnisse zu überwinden, mochte sie auch sonst über große Kapitalien verfügen. Alle vorerwähnten Geschäfte, die der industrielle Kredit erforderte: Gründungs-, Vergrößerungs-, Sanierungs- und Fusionsgeschäfte, Ausgabe von Aktien und Aufnahme von Anleihen jeder Art, konnten nur von einer Bank erledigt werden, die über folgendes verfügte: 1. ausreichende eigene Kapitalkraft; 2. Verbindung mit dem Mittelpunkt des Geldmarktes, also Sitz am Hauptbörsenplatz; 3. weitgehende Verbindungen mit der Industrie und gründliche Kenntnis derselben. Alle diese Eigenschaften fehlten dem kleinen Bankier der Provinzbank und selbst den großen Mittelbanken. Die natürliche Konzentration der deutschen Industrie hatte eine noch weitgehendere des Bankwesens zur Folge und war eigentlich deren Voraussetzung. So sehen wir denn von Jahrzehnt zu Jahrzehnt den einst blühenden Bankierstand immer tiefer und tiefer sinken, bis er auf dem Niveau eines bloßen Geldwechslers landete. Die Privatbanken werden von den Großbanken übernommen und in deren Filialen, verwandelt. Große Provinzbanken wie die Essener Kreditbank, die Bergisch-Märkische Bank, der Barmer Bankverein, die Pfälzische Bank, die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig, der Schlesische Bankverein, die Norddeutsche Bank in Hamburg und andere suchten sich verzweifelt gegen die Konkurrenz der Großbanken zu wehren; vergebens — sie mußten ihre Selbständigkeit

mehr oder weniger aufgeben und zu Trabanten der großen Zentralgestirne am Himmel des deutschen Finanzkapitals werden. Dies geschah, indem sie in den Konzern einer Großbank eintraten oder von ihr vollständig übernommen wurden. Die heutigen Verbindungen der vielen Tochtergesellschaften der Großbanken sind sehr mannigfaltig. Maßgebend und gebietend bis auf den heutigen Tag blieben: die Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Bank für Handel und Industrie, Nationalbank für Deutschland, Berliner Handelsgesellschaft und der A. Schaaffhausensche Bankverein.

Diese Konzentration ist fast ohne Beispiel und ist in großem Umfange eigentlich erst seit Mitte der 90er Jahre vor sich gegangen. Damit lief die Konzentration der Banken mit der der Industrie parallel. Die Industrie braucht immer größere Kredite, welche nur von großen Banken befristet werden können. Die Großbank ist eine Börse für sich, mit ihren Filialen und den ihr angeschlossenen Provinzbanken verfügt sie über eine weitverzweigte Organisation im In- und Auslande. Durch die Bänder der Großbanken laufen Zehntausende von Konten, die eine Abtragung der Zahlungen von Konto zu Konto möglich machen, wodurch Geldüberweisungen in vielen Fällen überflüssig werden. Die Schilderung eines so riesenhaften organisatorischen Gebildes im einzelnen ist natürlich im Rahmen eines Zeitungsartikels unmöglich.

Das Eintreten Deutschlands in die Reihe der Zuckerkriegsstaat machte es notwendig, mit dem Auslande in nähere Beziehungen zu treten. Diese Aufgabe übernahmen die Großbanken. Die internationale Geldzentrale war London, dort kristallisierte sich der kapitalistische Geld- und Kreditverkehr der ganzen Welt. Die deutschen Großbanken versuchten nun an diesen Zentralverkehre Anknüpfung zu bekommen oder Deutschland durch eigene Geschäfte von London unabhängig zu machen. Zu diesem Zwecke wurde 1870 ein Institut ins Leben gerufen, das sich speziell diesem Geschäftszweige zu eigen machen wollte: die Deutsche Bank.

Die Überzeugung, daß zur Förderung und Ausdehnung der deutschen überseeischen Beziehungen in Deutschland Banken entstehen müssen mit der Aufgabe, die durch den direkten überseeischen deutschen Warenverkehr bedingten Geldtransaktionen zu vermitteln und den deutschen Handels- und Industriebank in dieser Beziehung unabhängig von Frankreich und England zu machen, führte im Anfang des Jahres 1866 dem Plan, zu diesem Zweck ein Bankinstitut ins Leben zu rufen. (Dr. W. Fuchs: „Zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Bank.“)

Die weitgreifenden Pläne der Deutschen Bank, mit Filialen die Auslandsbeziehungen der deutschen Wirtschaft auszubauen, erfüllten zunächst mehrfache Fehlschlüsse, ihre Zweigniederlassungen in Shanghai, Yokohama, New York, Paris und Südamerika mußten wieder eingezogen werden, nur die Filiale in London blieb bestehen. Doch ungeachtet dessen ging die Deutsche Bank zielbewußt weiter. Nach den Krisen der 70er Jahre versuchten die deutschen Großbanken sich auf dem Gebiete der ausländischen Anleihen zu betätigen. Rußland, Österreich-Ungarn, die Türkei und die durch die Berliner Konferenz 1878 festgelegten Balkanstaaten gingen daran, innerhalb ihrer Grenzen die Steine aus dem Wege zu räumen, die einer kapitalistischen Entwicklung im Wege standen. Dazu war Geld notwendig. So sehen wir denn unsere Großbanken mit Erfolg gewaltige Geldtransaktionen zustande bringen. Durch die engeren Geschäftsverbindungen mit diesen Staaten war es auch möglich, andere Geschäfte damit zu verbinden, beziehungsweise der deutschen Industrieproduktion dort Eingang zu verschaffen. Die Eisenbahnen lagen in den schon genannten Staaten noch sehr im argen. Die deutschen Banken finanzierten den Bau von Eisenbahnen fast auf dem gesamten Kontinent. Doch nicht allein hier: in Südamerika und Afrika sehen wir deutsche Banken an der Arbeit, Eisenbahnen entstehen zu lassen. Die Diskontogesellschaft und die Deutsche Bank gründeten ferner die Schantungbahngesellschaft, die Schantungbergbaugesellschaft, die Deutsch-Chinesische Eisenbahngesellschaft, welche der Expansion des deutschen Imperialismus in Ostasien in weitgehendstem Maße die Wege ebnete. Auch war eine Übersicht zu geben von dem Wirken der deutschen Großbanken im Auslande von 1870 bis zum Ausbruch des Krieges ist unmöglich, wir müssen hier auf die Fachliteratur verweisen: Feidels: „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“ und H. Hilferding: „Das Finanzkapital.“

Festzuhalten aus den umfangreichen Auslandsbeziehungen sind als besonderes Charakteristikum: die Bahnbauten der Deutschen Bank in Vorderasien und die Petroleumunternehmungen auf dem Balkan. Der Bau der Bagdadbahn war ein kühnes Unternehmen mit dem Ziele, Vorderasien an das kontinentale Verkehrsnetz anzuschließen. Der deutschen Industrie eröffneten sich großartige Perspektiven; bestand doch die Möglichkeit, durch diese Bahn bis zum persischen Golf und nach Vorderindien vorzustoßen. Diese Bahnbauten in Vorderasien haben ihr reichliches Teil zur Fruchtbarkeit zwischen England und Deutschland beigetragen, denn unendlich ist England vermundbarer, als in der Weiche seines Imperiums: in Indien. Die Bagdadbahn machte es möglich, auf dem Landwege bis in die Nähe Indiens zu gelangen. Obwohl diese Differenzen durch langjährige Verhandlungen — welche in einer Konzeption der Deutschen Bank, fremdes (französisches und englisches) Kapital an der Bagdadbahn teilnehmen zu lassen, endeten — zum Teil ausgeglichen wurden, haben sie ihre Wirkung auf die Außenpolitik der europäischen Großstaaten ausgeübt, wovon die Verträge zu Lande und zu Wasser Zeugnis ablegen. Die fast vollständig ungenutzt daliegenden Petroleumquellen in Rumänien und Galizien gaben dem deutschen Finanzkapital Veranlassung einzugreifen. Gemeinsam mit dem Wiener Bankverein schuf die Deutsche Bank die Steana Romana. In diese Produktionsgesellschaft schloß sich ein Kranz von europäischen Petroleumvertriebs- und Verwertungsunternehmen an. Die

*Siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 15, 17, 18 und 19.

Ordnung der Europäischen Petroleum-Union, die eine Verständigung mit dem englischen Petroleumkapital in einer gemeinsamen Beteiligung brachte, bildete gewissermaßen den Schluss dieser großartigen Leistung von Organisation und Finanzkraft.

Selten hat ein Land durch das Wirken seiner Banken in so rascher Folge und in solchem Ausmaß seine wirtschaftlichen und politischen Einflusssphären ausgedehnt wie Deutschland. Das deutsche Finanzkapital war aber zugleich der Träger des deutschen Imperialismus.

Diese charakteristische Entwicklung hatte aber auch das Ergebnis, dass die Stellung der Großbanken im gesamten Wirtschaftsleben eine andere geworden. Denn erstens war die Auslandsbetätigung der Großbanken außerordentlich reichhaltig für die Konzentration im Bankwesen selbst gewesen und zweitens erforderte die konzentrierte Industrie ganz andere bankmäßige Betätigung.

Die Großbanken begannen positiv in das Leben und Wesen der Industrie einzugreifen. Die vier Formen industrieller Betätigung: 1. der Konsumgüterindustrie, 2. die Versorgung von Schiffen, 3. die Versorgung der Kraftmaschinen der Industrie, 4. die direkte finanzielle Beteiligung an der Industrie, entwickelten heute ganz andere Ausmaßverhältnisse als früher.

Das Ergebnis der Entwicklung der Großbanken war die gegenseitige Befruchtung der Wirtschaftskräfte durch die gegenseitige Befruchtung der Wirtschaftskräfte durch die gegenseitige Befruchtung der Wirtschaftskräfte.

anlagen zur Herstellung von Halbzeug waren im Ganzen naturgemäß kein Interesse an dem Zustandekommen eines Verbands, der ihm das Halbzeug noch mehr verteuerte. Ohne den 'Phönix' hätte aber der Stahlwerksverband nicht zustande kommen können.

Charakteristisch und interessant gestaltete sich die positive Beteiligung der Großbanken beim Aufbau der Eisenindustrie in Lothringen, an der Saar und in Luxemburg. Gleich Amerika war man hier an seine rüchständigen Produktionsrichtungen gewöhnt, sondern konnte diesen Betrieb aus dem Boden wachsen lassen.

Die Initiative der Großbanken bei der Entstehung der Elektrizitätsindustrie war so hervorragend, dass man den organisatorischen Aufbau dieser Industrie direkt den Großbanken zuschreibt. Aus der Edisongesellschaft wurde die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft gebildet, die den Mittelstand weiterer Anstrengungen und Fusionen darstellte, bis es vor dem Krieg nur noch zwei deutsche Elektrizitätskräfte gab: die A. E. G. und Siemens & Halske.

Um einen Begriff von dem Ausmaß der heutigen Großbanken zu geben, lassen wir eine kleine Tabelle folgen. Die Zahlen sind den Geschäftsberichten für 1919 entnommen, die mit einem Siemenchen versetzten Zahlen entstammen den Angaben für 1920:

Table with columns: Bank Name, Aktiva (in 1000 Mark), Passiva (in 1000 Mark), Dividenden (in 1000 Mark), and others. Includes Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, etc.

In der Tabelle ist noch hinzuzufügen, was die Rücklagen der Banken in diesen Jahren nicht voll zum Ausdruck bringt. Das Verhältnis der Rücklagen der Großbanken ist ein außerordentlich hohes.

Die Jahresrechnungen betrafen bis 1920 auf 260,000, an Schluß wurden 1920 245,000 aufgeschrieben. Die bei der Bank zur Einziehung eingelieferten Wechsel, Effektenpapiere und Wertpapiere betragen: 176 713,613,900 M., gegen 44,285,555,700 M. in 1919, und zwar im:

Table showing monthly financial data for 1920, including Jan, Feb, Mar, Apr, May, Jun, Jul, Aug, Sep, Oct, Nov, Dec, and Totals.

Die Zahl der Generaldirektoren bei der Deutschen Bank betrug nach dem Handbuch der Börse-Werte 2, Stellvertreter 12,

Abteilungsdirektoren nebst Stellvertretern 35. In Zweifelsfällen und im Auslande regierten 136 Direktoren nebst ihren Stellvertretern. Sollen wir die zahlenmäßige Darstellung der Großbanken fortsetzen? Wir wollen es genügen lassen.

Das deutsche Wirtschaftsleben wird regiert von den Generaldirektoren der Großbanken. Neben einer Handvoll rühriger Großindustrieller sind sie die Direktoren der deutschen Wirtschaft. Sie sind in der Lage zu diktiert, weil sie über die Milliarden gebieten können, die, aus dem Mehrwert der Arbeitskraft stammend, in den Reservoirs der Großbanken zusammenlaufen.

(Fortsetzung folgt)

Der Stuttgarter Verbandstag und der Vorstand des D. M. V.

Von Rob. Dismann

Stettin war besetzt, waren die grundsätzlichen Bestimmungen des letzten Verbandstages innerhalb unserer Organisation in Geltung zu erhalten, so auch innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung. Die Zusammenfassung der freien Gewerkschaften Deutschlands ist gegeben im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.) über für die freien Angestellten usw. im A. S. B. Obwohl die grundsätzlichen Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages im Widerspruch standen zu den Beschlüssen des im gleichen Jahre in Würzburg stattgefundenen Gewerkschafts-Kongresses, so herrschte auf unserem letzten Verbandstag doch Einmütigkeit darüber, daß wir nach wie vor Mitglied des A. D. G. B. bleiben möchten.

Das zum Jahresabschluss erforderliche in Bezug zu bringen, ist in Nr. 11 der A. B. bereits von uns gegeben. Ich möchte heute nur darauf hinweisen, daß die Arbeit der Arbeiterbewegung in Bezug auf die Kampf gegen die 'gelbe' Arbeiterbewegung (Gewerkschaftsinternationale, gegen den A. D. G. B. und schließlich selbst gegen unsere Organisation) erhalten wird, soweit es auf dem besten, auf weichen Schienen führen zu den höchsten Argumenten stehen, die gegen uns das Feld geschürt werden.

Die Arbeitergemeinschaften behalt' unsere letzte Generalversammlung im Auge. In gleicher Richtung haben wir uns im A. D. G. B. eingesetzt. Das wird auch weiter geschehen und ich hoffe, daß die Zeit nicht allzufern ist, in der die Arbeiter der freien Gewerkschaften - und mit ihnen der A. D. G. B. - den Arbeitergemeinschaften endgültig und endgültig sagen wird. Soweit wir dazu beitragen können, wird es geschehen. Im übrigen verweise ich bezüglich der Arbeit der Arbeitergemeinschaften auf meine Darlegungen in Nr. 12 der A. B. über die Schaffung der Arbeitervereine für Hand- und Kopfarbeiter nach unserer Beschäftigung im A. D. G. B. habe ich in Nr. 17 der A. B. das Folgende gesagt:

Was treten im A. D. G. B. fortgesetzt neue und oftmals wichtige Fragen an uns heran, soweit sie nicht eine laufende wiederkehrende Behandlung erfordern. Auch der Fall des Stiefels greift ich nun heraus als wichtigsten wirtschafts-politischen Ereignis der letzten anderthalb Jahre, die sowohl inner- als außerpolitisch von größter Bedeutung waren und die Arbeiterbewegung auf eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Maßnahmen der Regierung, die sozialpolitische Gesetzgebung, Steuerfragen, Wirtschaftsprüfung, Sozialversicherungsmaßnahmen (Vergütung, Bau- und Wohnungswesen usw.), technische Fortschritt usw. beschäftigten und die unsere Stellung im Lohnverhältnis der Gewerkschaften vor je dem Gegenüberstande überhaupt, zum Organisationszwang, zu positiven Resultaten, prüfen die Bildungsmaßnahmen, die Schaffung einer Arbeiterakademie und anderer. Die Wirtschaftskrise und Arbeitslosenfrage verlangen dauernd unsere volle Aufmerksamkeit und Aufmerksamkeit. Die Zusammenfassung der freigelegten wirtschaftlichen Betriebsräte hat ihre Regelung erfahren, es bleibt mit den laufenden Aufgaben für die Betriebsräte die neu an und beratende Frage der in schaffenden Betriebs- und Reichsarbeitsrat resp. Wirtschaftsrate. Will jemand ernsthaft behaupten, wir hätten bei diesen und anderen Fragen im A. D. G. B. unseren grundsätzlichen Standpunkt nicht vertreten? Wer das behauptet, soll den sachlichen Beweis dafür antreten.

Es hat dem verstorbenen Genossen E. Begien wie wir mehr als eine heitere Minute bereitet, wenn wir in den Auseinandersetzungen des letzten Jahres (Zusammensetzung der Betriebsräte, 'Wohlauf oder Amsterdam?' u. a.) von Verfechtern selbständiger Betriebsräteorganisationen und heutigen Propagandisten der Moskauer Gewerkschaftszentrale immer wieder den Arm vorgehoben und gemeinsam in die Bolschewik-Verworfenen wurden. Der Zweck war nur ein offenkundiger. Doch solche kindlichen Wankreden sollen bei ernsthaften Männern nicht verfangen.

Wir haben im A. D. G. B. wie an allen anderen Stellen stets unsere Überzeugung verkörpert, sind eingetreten für die Grundlinien jener Gewerkschaftspolitik, die der letzte Verbandstag festgelegt

Gewerbehygiene und Unfallverhütung

Von Dr. G. Meißel (Fortsetzung)

Der Arbeiter muß sich einem neuen Aufgabenfeld gegenüberstellen, das in der Arbeit besteht. Die Gefahr der Erkrankung durch physische und chemische Faktoren ist in der Arbeit zu erwarten. Diese Gefahren sind zu vermeiden, indem man die richtigen Vorkehrungen trifft.

Die Gefahr der Erkrankung durch physische und chemische Faktoren ist in der Arbeit zu erwarten. Diese Gefahren sind zu vermeiden, indem man die richtigen Vorkehrungen trifft. Die Gefahr der Erkrankung durch physische und chemische Faktoren ist in der Arbeit zu erwarten.

Die Gefahr der Erkrankung durch physische und chemische Faktoren ist in der Arbeit zu erwarten. Diese Gefahren sind zu vermeiden, indem man die richtigen Vorkehrungen trifft. Die Gefahr der Erkrankung durch physische und chemische Faktoren ist in der Arbeit zu erwarten.

hat. In Vertretung dieser Auffassung hat es im A. D. G. B. an ernsten Auseinandersetzungen nicht gefehlt. Das wird nach menschlichen Gesetzen auch wohl für die nächste Zukunft so sein. Nicht in allen Fragen gibt es Meinungsunterschiede. (Das wäre auch schlimm!) Nichts wäre verfehlter, als künstliche Gegenstände zu konstruieren. Davon hat die Arbeiterbewegung selber mehr als genug. Dehen die Vorschläge, Antidote sind, im A. D. G. B. mit unsern Ansichten konform, dann stimmen wir ihnen zu, weichen sie ab von unser grundsätzlichen und sachlichen Stellung, dann treten wir ihnen entgegen. Grundbedingung muß bei jeder Meinungsunterschiede sachlich geblieben werden. Wer mit den Meinungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vertraut ist und die Zusammenfassung im Bundesverband und Ausschuss des A. D. G. B. kennt, der weiß auch die Schwächen einzelner, denen unsere Stellung oftmals begegnete. Doch wir müssen uns durchringen. Das wird gelingen in mitten des großen Entwicklungszustandes, der nicht nur die „Söhne“ der Gewerkschaften, sondern auch die Massen der Gewerkschaftsmitglieder erfassen muß. Hat sich erst eine geistige Umstellung im Sinne unserer Grundanschauungen bei der Masse der Gewerkschaftsmitglieder vollzogen, dann werden ihre alle Gewerkschaftsorgane und so auch die „Eigentümer“ ihren Lohn zahlen müssen. Und ich bin fest überzeugt davon: wäre nicht im letzten Jahre dieser Kampf tollster Kämpfe mit allen seinen Begleiterscheinungen eingetreten, hätten wir an dessen Stelle eine intensive, sachliche und grundsätzliche Aufklärungsarbeit leisten können, dann wäre der innere Gesundungsprozess der Arbeiterbewegung längst weiter vorgeschritten, keine Umwälzung, die wie alle auf dem gemeinsamen Boden des revolutionären proletarischen Klassenkampfes führen muß, in eine einheitliche, geschlossene Kampfbewegung gegenüber den Gegnern des Proletariats. Dagegen zu wirken, ist unser Bestreben.

VI.

Auf der gleichen Linie liegt unter internationalen Wirken, und zwar sowohl im internationalen Metallarbeiter-Bund (I. M. B.) wie im internationalen Gewerkschafts-Bund (I. G. B.). Wie waren und sind bemüht, im I. M. B. eine feste, organisatorische Zusammenfassung der Metallarbeiter aller Länder zu schaffen, die bereit und fähig ist, in solidarischer Gemeinschaft sowohl den Kampf der Kollegen eines Landes durch gemeinsame finanzielle und andere Hilfe zum stetigen Abschluß zu bringen, wie gemeinsam den Kampf gegen die Kapitalistenklasse der einzelnen Länder aufzunehmen, wenn die Stunde es gebietet. Unser grundsätzlichen Auffassung veranschaulicht die Stellung auf dem Kongress des I. M. B. in Kopenhagen im August vorigen Jahres. In der damals einstimmig angenommenen Rundgebung heißt es unter Bezugnahme auf die sozialen Probleme und die Befreiung des Proletariats u. a.:

„Dies (die Befreiung des Proletariats) kann auch nach der prinzipiellen Auffassung des internationalen Metallarbeiterbundes nur durch den revolutionären, von internationaler Solidarität des Proletariats getragenen, von seinen Organisationen geführten Klassenkampf beschleunigt und herbeigeführt werden.“

Die Gesamtschritte in Kopenhagen wie die der kürzlich in Bern stattgefundenen Tagung des Exekutivkomitees des I. M. B. (siehe Nr. 15 der M. Z.) gehen von der gleichen grundsätzlichen Stellung aus. Und wie steht es mit dem vielgeschmähten Antidote J. G. B., den die Moskauer „Freunde“ dauernd als „gelb“ beschimpfen. Oft genug ist in feindseliger Darlegung und an der Hand der Stellung des I. G. B. der Nachweis erbracht worden, daß dies unzulässige Behauptungen jeder Grundlage entbehren. Wir gebieten als Lieb des A. D. G. B. auch dem J. G. B. an und sind, soweit uns diese Möglichkeit gegeben ist, bemüht, auch im J. G. B. unsere grundsätzlichen Auffassungen durchzusetzen. Wir sind aber auch im J. G. B. auf einen grundsätzlichen Weg im Sinne unserer Auffassungen eingeschlagen. Die Stellung des J. G. B. zum Wohlstand gegen Sporthilfsgesellschaften, seine Stellung für Sowjet-Rußland im Kampfe gegen Polen und die hinter Polen stehenden kapitalistischen Mächte, die Verhältnisse des Londoner internationalen Gewerkschaftskongresses im November vorigen Jahres (Kampf gegen die Reaktion, die Weltfriedens als Kampfmittel, für die Sozialisierung usw.), die fortlaufenden starken Bemühungen des J. G. B. und seine unzähligen, achtunggebietende Stellung gegenüber der Gewalttätigkeit der Entente und bereit drohenden Schwierigkeiten wie gegenüber der Reaktion in Deutschland legen der Beweis davon ab, daß der J. G. B. bemüht ist, die Interessen des internationalen Proletariats in wirksamer Weise wahrzunehmen.

Was in unseren Kreisen noch zu geschehen, um in diesem weltgeschichtlichen und folgenschweren Ereignisse sowohl in der deutschen wie in der internationalen Arbeiterbewegung und so auch im J. G. B. mitzuwirken im Sinne unserer Anschauungen. Das verlangt sowohl das zukünftige Schicksal des wehrfähigen Volkes Deutschlands wie das gleiche Interesse der Arbeiterklasse aller Länder.

Unser Bestreben muß es sein, den J. G. B. zur höchsten Kampfbereitschaft im internationalen proletarischen Kampfe zu bringen. Das letztere gelte, hängt nicht nur von der Bundesleitung ab, sondern mit entscheidend ist der Stützpunkt, den die Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern erreicht.

Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Wie der Herrgott die Würmer auf dusteren Stellen gestreut, so streut die Schriftleitung des „kommunistischen Gewerkschafters“ und der „Noten Gewerkschaftsinternationale“ Bläse, Giftesblüten zwischen ihre oft weniger dusteren Stellen. Dabei hältigen sie dem Grundgesetz: „Hierbaue gebaut als gar nicht gebaut“. In ihrer Nr. 16 hatten sie eine besonders unglückliche Hand, dort getreten sie an Aussprüche von — Ferdinand Lassalle. Das Denken und Fühlen

so werden wir uns nicht wundern dürfen, daß heute in Deutschland die Tuberkuloseerkrankung ein Maximum erreicht, wie wir es seit 25 Jahren nicht mehr hatten. Die Abnahme der Tuberkuloseerkrankung nach Robert Kochs epochehafter Entdeckung, der Auffindung des Tuberkulobazillus im Jahre 1882, und nach dem im Anschluß daran eingeleiteten Hilfsmaßnahmen ist infolge des Wohnungslebens und der Unterernährung einer noch nie dagewesenen Zunahme seit dem Sommer des Jahres 1916 gewichen. Dieser Hinweis genügt, um die Tuberkulose in erster Linie als eine Krankheit der sozialen Verhältnisse zu charakterisieren, der sich erst in zweiter Linie die Tuberkulose als Gewerkschafts-, als Folge beeinträchtigender Arbeitsbedingungen anschließt.

Wie wollen diesen Mischling über die Gefährdung im Gewerbebetrieb durch Parasiten ganz kurz mit einer Bemerkung über die Wurmkrantheit der Bergarbeiter schließen. Diese im Gegenstand der vorgetragenen durch einen tierischen Parasiten, den Anchylostomum duodenale, hervorgerufene Gewerkschafts- hat zeitweilig im niederösterreichischen Koblentz sehr erhebliche Ausdehnung angenommen. Der Wurm jagt im Dünndarm, wo er sich festhält, Blut und kann im Verlauf der sich daran entwickelnden Darmunterstützungen und Schweißdrüsen zu sehr schwerer Blutarzmut führen. Die Wurmkrantheit hat schon früher in den Bergwerken Ungarns, Italiens und Frankreichs große Epidemien hervorgerufen; in Deutschland trat sie 1903/04 schwer im Ruhrgebiet auf, wurde aber dank der energischen Maßnahmen der Regierung und Durchführungen der ganzen Volksgesellschaft durch eigene errichtete Gesundheitsämter schnell unterdrückt. Zurzeit hat sie kaum noch eine praktische Bedeutung als Gewerkschafts- für Deutschland, kann aber jederzeit wieder von ausländischen Arbeitern (Italienern, Polen) eingeschleppt werden. Andere tierische Parasiten, Bandwürmer, Läuse, Wanzen, Milben usw. haben zu umfangreichen Gewerkschaften bisher keinen Anlaß gegeben; ihre Vorkommen ist vielmehr ein Zeichen der an sich mangelhaften persönlichen Hygiene. (Schluß folgt.)

Lassalle paßt, auf die Laktit und Methoden der deutschen Postkolonialisten angewandt, wie die Faust aufs Auge.

Sie zitieren aus Lassalles historischer Tragödie „Franz von Sickingen“: „Verteidigung gilt auf dem Walle der Gerechtigkeit nicht, wo im Gemüß die Wälle sich nur an der Rüstung und dem Abscheuen erkennen; drum hüte stets vom Scheitel bis zur Sohle dich läßt in helmes eignen Bannetts Farbe, denn probst du aus im ungeheuren Sireit die ganze Trübsal belnes wahren Bodens und steht und läßt mit deinem ganzen Können!“ Des herrliche Wort Lassalles sollte die Kommunisten nicht nur abdrücken, sondern beherzigen und zur Anwendung bringen. Sie mögen sich in ihres eigenen Bannetts Farbe hüllen, den Putschismus Blancquis, die Strach- und Krampfhelober Blancquis offen auf ihre Fahnen schreiben und nicht mit Gift und Schlauchheit Marx, Engels, Lassalle und Luxemburg bezaubern, um das Proletariat zu täuschen und in die Irre zu führen. Bei ihrer letzten Aktion haben sie „die ganze Trübsal ihres wahren Bodens“ selbst indiziert können, genau so, wie es der größte Teil der deutschen Arbeiterklasse erkannt hat. Die großen Taten des sozialistisch gesteuerten Proletariats müssen sie aber ruhen lassen. Die wollen nicht nur gelesen, sondern verstanden und beherzigt sein.

Da die Kommunisten Lassalles Franz von Sickingen zitieren, wollen wir ihnen auch das Wort des Franz an Kaiser Karl zum Nachdenken anheimgen: „Wohl sprech ich wie jemand, der reichlich überlegt und mit Bewußtsein dazu — das schreckliche Zeit erwählt.“ Mit diesem Wort ist die kommunistische Moral treffend geschildert.

In einer andern Stelle im „kommunistischen Gewerkschafters“ prangt folgendes Zitat aus Lassalles Schriften: „Man kann zuletzt Revolutionen nur mit den Waffen und ihrer leidenschaftlichen Hingebungen machen. Die Massen aber, eben wegen ihrer sogenannten „Kohle“, wegen ihres Mangels an Bildung, haben keinen Sinn für Verabredungen, interessieren sie nur — denn jeder rohe Mensch ist extrem, kennt nur ein Ja und ein Nein und keine Mitte zwischen beiden — für das Extreme, Gange, Unmittelbare. Es muß also zuerst kommen, daß solche Revolutionen nicht die geistlichen Feinde nicht vor sich und die Freunde hinter sich zu haben, zuletzt umgekehrt die Feinde vor sich und die Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich haben. Der schellbare Mensch hat sich so in der Tat als höchster Mauerwandel erwiesen.“

Was will der „kommunistische Gewerkschafters“ mit diesem Zitat bereisen? Dies Wort Lassalles kann doch nur gegen die kommunistischen Prinzipien angewandt werden. Die kommunistischen „Revolutionäre“ hatten in der mitteldeutschen Aktion tatsächlich die Feinde vor sich und die Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich. Ihr höchster Mauerwandel hat sich in der Tat als höchster Mauerwandel erwiesen, der die Massen ins Elend führte und nachdem noch die Verhältnisse zeitig, diesen „höchsten Mauerwandel“ zu funktionieren. Es ist gekommen wie es logischerweise kommen mußte, der kommunistische Appell an das Extrem, an den „rohen Mensch“ brachte seine natürlichen Früchte.

Das Zitieren des „kommunistischen Gewerkschafters“ könnte schließlich als Ausfluß gewöhnlicher Erkenntnis gemeldet werden. Dem ist aber nicht so. Im gleichen Heft drucken sie einen Artikel Nabels über „Revolutionierung oder Herabführung der Gewerkschaften“ ab. Dort werden alle Demagogien und Forderungen wiederholt und auf neue bekräftigt. Die alle tollste Fanfare „gegen die konterrevolutionären alten Gewerkschaftsführer“ wird dort mit aller Luigenkraft getrieben. Ausgerechnet in dem Organ der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, wohnt sich all die „Revolutionäre“ gestülpt haben, die von der allmächtigen Zentrale an die Hand gequert und als „konterrevolutionäre“, Betrüger und Feindlinge vor die Tür gesetzt wurden. Eine Befestigung der oft ausgesprochenen Annahme, daß sich dort Personen unbedingte eine Spitzens sichern wollen, früher in der berühmten Zentrale, jetzt in der Gewerkschaftszentrale, selbst dann noch, wenn sie als Betrüger gerüchelt und als Feindlinge wurden. Um etwas sich nicht zu zetteln, geht sie nunmehr wieder mit Wrasen auf die Arbeiterklasse los und schieben mit Absicht zur Täuschung der Arbeiter Marx und selbst Lassalle in den Vordergrund. Sie schreien: „Die Dummheit werden nicht alle“, die Verabredungen aber werden sich trotzdem bewähren ab.

In dem angesprochenen Artikel Nabels wird auch wieder die Spaltungsbefürchtung der Kommunisten bestritten. Zur selben Zeit ist das Organ des Bergarbeiterverbandes in der Tat, dem Beweis der kommunistischen Gewerkschaftszentrale vollkommen überlassen. Das Saargebiet hat sich zum beizulassen Wüter ein kommunistische Gewerkschaftszentrale gebildet. Sie gibt Mittelbedürfnisse hermit, auf denen die Verabredungsmaßregeln für kommunistische Gewerkschaften abgedruckt sind. Darin wird die Sicherung der kommunistischen Verbandsbedürfnisse betont. Die Verabredungen sollten die örtlichen Gruppenbetriebe, diese bilden die Ortszentrale, diese wiederum sind zur Zentralzentrale und zuletzt zur Hauptzentrale zusammenzuführen. Die Mittel zur Verwaltung werden durch feste Wochenbeiträge angebracht, von denen 10 Prozent die Ortszentrale, 20 Prozent des Unterbezirks und 70 Prozent die Hauptzentrale erhält. Dies ist die Organisation in der Organisation. Ein Zusatz, der vollständig unhaltbar ist, wenn die Gewerkschaft nicht zugrunde gehen soll. Bei dem jetzt erhobenen Beitrag neben dem Verbandsbeitrag bleibt es nicht lange, die Beitragsfächer der Überabteilung ist bekannt, dann erfolgt der geschlossene Abmarsch nach der Selbstbestimmung Großhermann, die Spaltung ist perfekt, die und Schanheit haben gesetzt. Nach diesem Schema wird gearbeitet und nach außen die Einheit der Gewerkschaft geschwehelt.

Wegen diese Herabführung erheben kommunistische Kollegen des Bergarbeiterverbandes ihre Stimme. Sie warnen die Bergarbeiter, dieses Schritt nicht zu tun, sie seien fest, „wer diesen Schritt unternimmt, ist nicht kommunistisch, sondern Helfer der Kapitalisten“. Sehr richtig! Nur müssen die Kommunisten auch wissen, daß dieser Schritt im Bergarbeiterverband von Anfang an gemacht wurde, wie wäre denn sonst die Selbstbestimmte Bergarbeiterunion entstanden? Der Bergarbeiterverband ist bereits gespalten worden. Der Spalter, die F. A. U. Geisenstrassen, ist die von den Kommunisten gepflegte Pflanze geworden, die nach dem Eingeständnis der prominenten Kommunisten das „Krautkraut und Blüthe“ für die Moskauer wie Gewerkschaftsinternationale ist. Was im Saargebiet jetzt getan wird, ist das gleiche, was in Selbstbestimmte getan wurde. Dem ersten Schritt folgt der nächste, das Kind lernt laufen. Trostlos ist das Bestreben der ehrlichen Kommunisten, die Gewerkschaft nicht zu spalten, anerkannt werden und wir wollen hoffen, daß ihre Stimme nicht ungehört in der Masse verhallt. Die Erklärung der Kommunisten im Saargebiet lautet:

Unterzeichnete Mitglieder der F. A. U. betürlichen mit Entschiedenheit die Verpflanzungsaktion, die von Kommunisten im Saargebiet in die Wege geleitet wird. Die Bildung einer kommunistischen Industrie und Gewerkschaftszentrale im Saargebiet bedeutet die Bildung einer besonderen Organisation im Rahmen der bestehenden. Die Folge dieses Vorgehens ist Herabführung und Schwächung der freien Gewerkschaften. Wer diesen Schritt unternimmt, ist nicht kommunistisch, sondern Helfer der Kapitalisten.

Wir warnen unsere Parteigenossen, sich zu dieser Verpflanzung nicht zu lassen, wir eruchen diese, mit uns gemeinsam diesen Betrüchern, die zur Herabführung der freien Gewerkschaften führen würden, mit allen Mitteln und überall entgegenzuwirken.

Peter Rischel, Wilhelm Polzer, Jakob Franz

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Eisenindustrie, ihre gegenwärtige Lage und wir

Von Herrn Wetmann, Düsseldorf, selbstverl. Vorstehender des Eisenwerkstoffbundes

Das deutsche Wirtschaftsleben steht gegenwärtig vor Fragen, deren Lösung fast wie ein Wunder klingen würde. Der langjährige verheerende Krieg und die daraus entstehenden Folgen haben eine Atmosphäre geschaffen, die geradezu unerträglich wirkt. Der ungeheure Einfluß des Friedensschlusses auf die deutsche Volkswirtschaft löst Fragen aus, mit denen sich auch die Arbeiterklasse eingehend beschäftigen muß. Es kann uns nicht gleichgültig sein, mit welchen Ver-

pflichtungen das deutsche Wirtschaftsleben belastet wird, denn letzten Endes wird die Arbeiterklasse diejenige sein, die durch ihre Produktivität die Erfüllung dieser Verpflichtungen ermöglicht. Alles, was an übermäßiger Belastung ausgebaut wird, wird seinen Niederschlag in den Lebensverhältnissen der Arbeiterklasse finden.

Der Ziele verfolgt, darf nicht talentlos an den Tagesfragen der Gegenwart vorbeigehen, es könnte sonst sein, daß er durch die Widerstände, die sich ihm auf seinem Wege entgegenstellen, erdrückt würde. Da können uns schon Zukunftsüberlegungen wenig nützen, wenn die raube Wirklichkeit, die ihre Kräfte in den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Maßnahmen der Entente und in dem Mangel an volkswirtschaftlicher Erkenntnis innerhalb der Arbeiterklasse findet, uns den Weg zu ihnen versperrt. Den Schlüssel für die Beurteilung des ganzen Erntes der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse finden wir in der Eisen- und Stahl erzeugenden Industrie. Von hier aus Pflanzen sich automatisch die Verhältnisse auf alle anderen Industriezweige weiter fort. Die Schwere der Situation begreift man aber erst, wenn man die bisherige Bedeutung dieser Industrie für die deutsche Volkswirtschaft kennt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, einen kleinen Rückblick über die Entwicklung derselben und ihren Einfluß auf die Volkswirtschaft zu werfen.

Wir leben in einer Zeit, wo Eisen und Stahl die Welt beherrschen. Der Ausdruck „Eiserne Zeit“ dürfte nicht ganz unbedeutend sein. Der Aufschwung des Eisenhüttenwesens eines Landes ist daher gleichbedeutend mit dem Aufschwung der gesamten Volkswirtschaft. Vorbedingung hierzu ist das Vorhandensein von Hochofen, die zur Herstellung des Eisens und zu seiner Verflüchtigung notwendig sind. Das ist in erster Linie das Eisenerz (Eisenstein) und zweitens die Kohle. Sind in einem Lande diese beiden Naturkräfte in genügender Menge vorhanden, dann sind wenigstens die Grundbedingungen für seine Entwicklung gegeben.

Wie lagen die Verhältnisse in Deutschland und wie liegen sie jetzt? Vor dem Kriege von 1870/71 war Deutschland ein eisenarmes Land. Die an der Ruhr, Sieg und Dil sowie im Thüringer Wald und Erzgebirge vorkommenden Eisenerzminerale und ihre Verarbeitbarkeit reichten nicht aus, um der deutschen Eisenindustrie die Entwicklung zu ermöglichen, die sie genommen hat. Auch als im Jahre 1871 durch den damaligen Friedensvertrag das lothringische Minettegebiet Deutschland einverleibt wurde, erkannte man noch nicht die große Bedeutung desselben. Die Eisenindustrie stand damals noch auf einer sehr niedrigen Stufe, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Im Jahre 1870 betrug die gesamte Hochofenproduktion der Welt 12 Millionen Tonnen, wovon England allein 8 Millionen Tonnen oder 67 Prozent erzeugte. Ihm folgten die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 1,7, dann Deutschland mit 1,4 und Frankreich mit 1,1 Millionen Tonnen. Die Entwicklung nahm dann einen rapiden Lauf und erreichte ihren höchsten Stand im letzten Friedensjahre 1913 mit rund 80 Millionen Tonnen. Bis zum Jahre 1890 hatte England die Führung in der Weltproduktion, um dann von den Vereinigten Staaten von Nordamerika von diesem Platz verdrängt zu werden. Noch einmal, und zwar im Jahre 1894, vermochte es die englische Industrie, ihre Produktion über die amerikanische zu steigern, um dann nämlich an zweiter Stelle zu versinken, wie sie auch hier im Jahre 1903 von der deutschen Produktion verdrängt wurde. Die Gesamterzeugung im Jahre 1903 betrug rund 47 Millionen Tonnen. Hieran war es zu sehen, in dem

Vereinigte Staaten	18	Österreich-Ungarn	1,4
Deutschland	1,4	Belgien	0,8
England	8,9	Rußland	0,5
Frankreich	2,8		

Die höchste Produktion von 80 Millionen Tonnen im Jahre 1913 verteile sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Vereinigte Staaten	31,4	Österreich-Ungarn	1,4
Deutschland	22,9	Belgien	0,8
England	10,8	Rußland	0,5
Frankreich	5,1		

Maßstab tritt hier in Erscheinung, daß die deutsche Produktion seit dem Jahre 1870 um ein Vielfaches gesteigert hat, während die englische um fast 10-fache und die russische um fast 13-fache ist.

Die Entwicklung dieser so ungeheuren Produktion in der deutschen Hochofenzeugung hat ihren Hauptgrund in der Größe der im Jahre 1870 erzielten Produktion der deutschen Hochofenindustrie. Die deutsche Hochofenindustrie hat sich im Laufe der Jahre 1870 bis 1913 von 1,4 Millionen Tonnen auf 22,9 Millionen Tonnen gesteigert. Die deutsche Hochofenindustrie hat sich im Laufe der Jahre 1870 bis 1913 von 1,4 Millionen Tonnen auf 22,9 Millionen Tonnen gesteigert. Die deutsche Hochofenindustrie hat sich im Laufe der Jahre 1870 bis 1913 von 1,4 Millionen Tonnen auf 22,9 Millionen Tonnen gesteigert.

Die lothringischen Minettehohefen hatten sich auf ihre Produktion im Jahre 1870 um ein Vielfaches gesteigert, während die englische Hochofenindustrie um fast 10-fache und die russische um fast 13-fache ist. Die deutsche Hochofenindustrie hat sich im Laufe der Jahre 1870 bis 1913 von 1,4 Millionen Tonnen auf 22,9 Millionen Tonnen gesteigert. Die deutsche Hochofenindustrie hat sich im Laufe der Jahre 1870 bis 1913 von 1,4 Millionen Tonnen auf 22,9 Millionen Tonnen gesteigert.

Österreich-Ungarn	1,4	Belgien	0,8
Deutschland <td>22,9</td> <td>Rußland</td> <td>0,5</td>	22,9	Rußland	0,5
England <td>10,8</td> <td></td> <td></td>	10,8		
Frankreich <td>5,1</td> <td></td> <td></td>	5,1		

Die deutsche Industrie ist jedoch auch die der Stahl- und Eiswerke. Ihre Produktion war so groß, daß die entsprechende Weiterverarbeitungsindustrie nicht in der Lage war, sie zu verarbeiten, so daß große Mengen obiger Erzeugnisse auf dem Weltmarkt überflüssig fanden. Die Gesamtmenge an Stahl und Eisen im Jahre 1913 betrug 87 Millionen Tonnen mit einem Gesamtwert von etwa 9 Milliarden Goldmark, oder gegenwärtig 130 bis 140 Milliarden Papiermark. Wäre nicht der unglückliche Krieg gekommen, so würde die Entwicklung auf diesem Gebiet zweifellos noch ein großes Stück weitergegangen sein. Die Weltproduktion an Hochofen hätte vielleicht die Höhe von 100 Millionen Tonnen erreicht. Der verheerende Krieg hat jedoch der Kulturarbeit ein Ende bereitet und Verhältnisse geschaffen, die man geradezu katastrophal nennen kann. Statt vorwärts, ging die Entwicklung rückwärts, fast 100 Millionen Tonnen wurden im letzten Jahre schätzungsweise etwa 60 Millionen Tonnen erzeugt. Die Hochofenzeugung Deutschlands ging von 1913 auf etwas über 7 Millionen Tonnen im verflohenen Jahre zurück. Die Urstoffe sind in erster Linie in der durch den Friedensvertrag erzielten Abkehr großer Industriegebiete, wie das Saarrevier und das lothringisch-luxemburgische Gebiet zu suchen, wodurch Deutschland etwa 40 Prozent seiner höchsten Friedensproduktion und 79 Prozent seiner Erzeugung im Jahre 1913 verlor. (Schluß folgt.)

Ein kommunistisch-unionistischer Betriebsobmann

Der Bergarbeiter-Zeitung, Organ des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes, entnehmen wir nachfolgende Notiz:

Der kommunistisch-unionistische Betriebsobmann Leo Pfeffer vom Unionistenpütt Lohberg ist mit tatkräftiger Unterstützung durch die Betriebsverwaltung nach Frankfurt in der Pfalz verhaftet worden, wo er sich als Kaufmann niedergelassen hat. Herr Pfeffer, ehemaliger französischer Fremdenlegionär und französischer Spion, war niemals Gewerkschaftler, aber ein bester Schatzkammer gegen die Gewerkschaftsbewegung, die er in jeder Versammlung unter drohendem Weisfall der gleichwertigen Unionisten als Arbeitervertreter beschimpfte. Das machte ihn zum Liebling der revolutionären Unionisten und nicht minder auch zum Liebling der Betriebsverwaltung und schließlich zum „gesunden“ Mann. Er avancierte schnell zum Sergeanten der Fremdenlegion zum Vollhauer im Thyllenlanger, erhielt neun Tage Urlaub, obgleich ihm nach dem Tarif, den er dazu noch beklammert und nicht anerkannte, höchstens drei Tage zu haben. Aber er tat noch mehr. Er war nicht nur Sergeant der Fremdenlegion, Vollhauer im Thyllenlanger und Betriebsobmann, sondern er war auch noch „Kaufmann“ und als solcher „beschaffte“ er Schuhe und Anzüge für die Belegschaft. Als „Großkaufmann“ einer ganzen Belegschaft muß dieser Betriebsobmann auch reisen, was natürlich Geld kostet. Vor uns liegt die Abrechnung einer „Dienstreise“, die er selbst „geprüft“ und von den Einnahmen auch beglichen hat. Die Rechnung sieht so aus:

18 Fahrten nach Berlin (je 98 M = 1764 M) 2000 M; 9 Fahrten (6) von Berlin nach Frankfurt (je 77 M = 462 M) 900 M; 9 Fahrten (6) von Frankfurt nach Gießen (je 9 M = 54 M) 776 M; Droßfahrten innerhalb der 22 Tage zwischen Speersdorf, Reichsamt, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium, Reichsrohstoffkommission und Sozialversicherungsabteilung 900 M; Verlobungskosten (7 Arbeiter zu 6 Stunden) 7,55 M = 350,94 M) 360 M; 8 Überstunden zu 50 Prozent Zuschlag (537,44 M) 540 M; drei Speckheute je 420 M = 1260 M; Fracht bis Lohberg 115 M; Privatversicherung (Versicherungsschein gefälligst, nicht vorgelegt) 917 M; Speisen für 22 Tage (pro Tag 118 M = 778 M) 7800 M; an Schmiergeldern 1190 M; Summa 25 958 M.

Die in Klammern gesetzten Zahlen sind die wirklich ausgegebenen Preise, die der unionistische Betriebsobmann mit revolutionärem Schwung nach oben abrundete. Von Berlin nach Frankfurt und von Frankfurt nach Gießen je 9 Fahrten verrechnet, während nur je 6 gemacht wurden! Die Verlobungskosten nebst Überstunden sind vom Reichsamt bezahlt, also schließlich hier angeführt worden! Der Versicherungsschein war gefälligst und ist der Kontrolle nicht vorgelegt worden! An Speisen — seinen Lohn erhielt er außerdem von der Bede weitergezahlt — rechnet der kommunistisch-unionistische Betriebsobmann pro Tag 118 M, das ist genau das Doppelte, was die Zentralverbände ihren Vertretern zahlen! Dann 900 M für Droßfahrten in Berlin, eine Ausgabe, die keine Zentralgewerkschaft anerkennt und die bei den billigen Verkehrsmitteln in Berlin nicht erforderlich ist. Und dazu noch 1190 M Schmiergelder! Dabei hat er nur mit amtlichen Stellen, also mit Reichsämtern, „Handel“ getrieben! An welche amtliche Stelle sind diese Schmiergelder geflossen?

So erklärlich es ist, daß die Betriebsverwaltung diesen revolutionären Betriebsobmann in jeder Hinsicht unterstützte, denn je mehr er die Belegschaft kommunistisch-unionistisch durcheinander macht, je mehr er die einzige Bergarbeiterorganisation, den Verband, schwächt, desto mehr hilft der Weglen für Thyllen, aber daß die Reichsministerien und Reichsämter mit dem Manne verhandeln und Geschäfte machen, das ist nicht nur unverständlich, das ist ein Skandal! Sind Schuhe und Kleider an die Bergarbeiter zu verteilen, so ist das nicht Sache irgendeiner Belegschaft oder irgendeines Betriebsratsmitglied, sondern Sache der Organisation der Arbeiterschaft. Dazu sind kostspielige Reisen und Ausgaben von 20 000 M für einen einmaligen Anlauf nicht erforderlich, das kann durch die bestehenden Organisationen gemacht werden, ohne zu reisen, ohne Schmiergelder! So soll das hinreichen, wenn von jeder Schichtanlage ein kommunistisch-unionistisches Betriebsratsmitglied in der Welt herumfährt, Droßfahrten macht, Schmiergelder auswirft, um einen Kosten Schein von der Reichsamtverwaltung zu „kaufen“ und dieser Kosten dann mit 20 000 M Speisen verzureut wird? Die Belegschaft, welche die Waren kauft, oder sonst die Steuerzahler müssen diese völlig überflüssigen Kosten tragen. Eine Stelle muß sie tragen und hat sie getragen zum Nutzen des Herrn Leo Pfeffer, der dadurch „gesund“ und selbständiger Kaufmann wurde.

Aber Herr Leo Pfeffer tat noch mehr: er denunzierte seine kommunistisch-unionistisch-reaktionären Kameraden bei der Militärverwaltung in Besselt. Am 16. April 1921 erschien plötzlich ein Sippenantrag in der Kolonie Lohberg und nahm in bestimmten Häusern Verhaftungen vor. Die Sippe war über die einzelnen Personen, ihre Wohnungen und alles so genau informiert, daß unbedingt Verhaftungen nötig waren, und schließlich erklärten Sippenleiter, daß sie von Leo Pfeffer einen ausführlichen Brief mit „wertvollen“ Angaben nach Besselt erhalten hätten. Einen weiteren Brief hat Leo Pfeffer an den „General-Anzeiger“ in Düsseldorf geschrieben, der vorläufig die Veröffentlichung abgelehnt hat, weil der Brief zu gemein sei! Der kommunistisch-unionistische Betriebsobmann liefert seine Kameraden nach Geheimnisgeheimnissen an das Sippenmessen und stüchelt ausgerechnet in den „General-Anzeiger“, in das Blatt, aus dem die Kommunisten ihre „Heiligkeit“ schöpfen!

So bricht eine revolutionäre Stütze nach der andern zusammen. Ungeheuer groß ist die Zahl der in letzter Zeit entlassenen Spione und Agents provocateurs, die in der Masse des radikalen Arbeiters auftreten und die Geschäfte der Reaktion besorgen. Die betrogenen Arbeiter verfallen aber leider gewöhnlich der Gleichgültigkeit und wandern ins Meer der Indifferenz. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich endlich aufraffen und dem kommunistisch-unionistischen Spul ein Ende machen, damit der letzte Rest der Spindel von der Arbeiterbewegung abgestoßen werden kann. Arbeiter, seht dem radikalen „Führer“ auf die Finger und nicht nur aufs Maul.

Über die Höhe der Profite in der Industrie

Wenn wir die Bilanz eines beliebigen Industrieunternehmens einsehen, so springt uns fast immer die Tatsache entgegen, daß der Betrag des sogenannten Bruttogewinnes meistens so groß ist, wie die sogenannten allgemeinen Kosten, welche auch die im Jahre ausbezahlten Arbeitslöhne umfassen. Die Aktionäre bekommen aber eine Dividende, welche üblicherweise in einem Prozentsatz, der das Verhältnis des zur Ausstellung kommenden Betrages zum Nominalwert der Aktie bezeichnet, zum Ausdruck gelangt. Daß eine Aktiengesellschaft zum Beispiel ihren Aktionären 10 Prozent als Dividende ausschüttet, bedeutet also eine 10prozentige Verzinsung der Aktie nach ihrem Nominalwert. Eine solche Verzinsung entspricht aber den Gewinnen der Aktiengesellschaft, wie sie aus den Bilanzen hervorgehen, ganz und gar nicht; diese sind nämlich in der Regel viel größer, so daß sie einen viel größeren Prozentsatz als Dividende ermöglichen. Desto mehr, weil die Aktien im Börsen- und Marktverkehr gewöhnlich einen viel größeren Wert vertreten als ihr Nominalwert, zu welchem sie ausbezahlt werden. Wohin verschwindet dann dieser Gewinn? Und welches Interesse haben die Aktiengesellschaften daran, diese Gewinne verschwinden zu lassen?

Letzteres ist sehr leicht verständlich. Abgesehen von allerlei steuerpolitischen Gründen, wird der Prozentsatz der Dividende absichtlich herabgesetzt, um Sand in die Augen der Arbeiterschaft zu streuen. Eine Aktiengesellschaft verteilt 25 Prozent Dividende; die Arbeiter und Angestellten verlangen bessere Löhne und weisen bei ihrer Forderung auch auf die Größe der Dividende hin. Falls die Gesellschaft aber 50 Prozent statt 25 Prozent verteilen würde, könnte sie bei der Forderung der Arbeiterschaft nicht widerstehen. So besteht das Interesse, den Gewinn in anderen, weniger auffälligen Formen den Aktionären zukommen zu lassen. Es gibt manche Wege zu diesem Zweck. Hier nur die wichtigsten.

Ein großer Teil der Gewinne wird an die Reserverfonds der Gesellschaft überwiehen. Diese Beträge sind viel größer, wie man es ohne genaue Prüfung der Bilanzen glauben würde. In einer der letzten Nummern der englischen wirtschaftlichen Zeitschrift „Economist“ sind die Reingewinne von 334 Industrieunternehmen zusammengestellt und es ist dort berechnet, daß 35 Prozent der Reingewinne in die Reserve übergeführt werden. Eine Reserve für schlechte Zeiten zurückzulegen, ist an sich eine vernünftige Geschäftspolitik. Die unverhältnismäßige Größe der Reserven weist aber darauf hin, daß es sich hier um etwas anderes handelt, nämlich um die Tendenz zur Verheimlichung der Gewinne der Aktionäre. Die Verlegung der großen Reserven kommt aber dem einzelnen Aktionär zugute. Der Wert der Aktien einer Gesellschaft, welche über enorme Reserven verfügt, wird entsprechend höher und wenn also der Aktionär seine Aktien verkaufen will, kann er dank dieser Reserven einen höheren Preis erzielen, wodurch die Dividende des Käufers allerdings etwas vermindert wird.

Ein anderer Weg zur Verschleierung der Gewinne ist die „Verwasserung“ der Aktien. Der Nominalwert einer Aktie beträgt zum Beispiel 100 M, deren Marktpreis aber 500 M. Nun werden neue Aktien herausgegeben und die alten Aktionäre bekommen diese gratis oder zum Nominalpreis, also in diesem Falle zu 100 M oder etwas über den Nominalpreis, aber weit unter dem Markt- bzw. Börsenpreis. Es sind auch verschiedene Kombinationen möglich, zum Beispiel nach je drei Aktien bekommt der bisherige Aktionär eine neue Aktie. Die neue Emission hat keinen volkswirtschaftlichen Sinn. Es werden der Gesellschaft keine neuen Kapitalien oder nur in geringem Umfange zugeführt. Darauf kommt es aber auch nicht an. Die Gesellschaft braucht oft auch kein neues Kapital oder sie kann es auch auf anderem Wege beschaffen. Die Kapitalerhöhung ist lediglich zu dem Zwecke vorgenommen worden, um die bisherigen Aktionäre einen Gewinn in dieser Form zu gewähren. Wenn die Aktionäre bei einer solchen Transaktion einen guten Gewinn einheimen, so gilt das für die Ver-

Stahl
Härtet das Eisen!
Und donnernd springen die Räder
Rings um den zitternden Erdball.
Wie Pfeile durchbrausen die Schiffe
Kirchweils blühende Meere.
Stählern rattert der Webluhl:
Den faden zur Kleidung verknüpfend.
Und Iternweils durchschneidet der Pflug
Den duftenden braunroten Acker.
Härtet den Willen!
Noch immer konnte der Mensch,
Was er ernstlich gewollt.
Den Glauben in Tat umzusetzen:
Das ist das höchste der Ziele!
Leben — heilst das nicht Kampf — — ?
Schaut um euch — es kämpft die Natur!
Nur kämpfend verlohnt sich der Mann
— Der feigling ist schwach und ein Sklave.
Härtet das Eisen! Härtet den Willen!
Max Doerfl.

waltungsräte und für die Leiter des Unternehmens in doppelter Weise. Diese Leute, die bei solchen Gelegenheiten ein Syndikat bilden, werden noch ganz besondere Gewinne ein. Bei der Gründung der Aktiengesellschaft haben sie die sogenannten Gründergewinne. Die große Gesellschaft in der Petroleumindustrie, Shell & Eagle, wovon in letzter Zeit so viel gesprochen wird, hat zum Beispiel ihre Aktien feinerzeit für 25 Fr. pro Aktie herausgegeben und diese wurden im Augenblick um 700 Fr. an der Börse verkauft. Die Differenz haben die Gründer als Gewinn eingestekt. Die andere große Petroleumgesellschaft, Royal Dutch, die jetzt mit Shell vereinigt wurde, hat ihre Aktien zu einem Nominalwert von 2500 Fr. ausgegeben, die bald für 13 000 Fr. verkauft wurden. Jetzt haben sie einen Börsenwert von 27 000 Fr. Die zur Verteilung gelangte Dividende ist in der Regel steuerfrei, d. h., die Gesellschaft bezahlt die Steuern statt des Aktionärs überall, wo solche Steuern erhoben werden.

In vielen Fällen wird an die Aktionäre noch eine besondere Vergütung (sog. Bonus) verteilt. Besonders bei Unternehmensänderungen, die für eine zeitweilige Ausbeutung eines Naturobjektes bestimmt sind. So soll uns der Prozentsatz der Dividende, welche eine Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre ausschüttet, nicht irreführen. Wenn der Aktionär die Aktie über ihren Nominalpreis gekauft hat, so bekommt er als Gewinn weniger, als wie es aus dem nach dem Nominalwert der Aktie berechneten Prozentsatz der Dividende zu ersehen ist; dies wird aber durch die verschiedenen Gewinne, welche er auf der anderen Seite in verschleierter Form erzielt, vielfach wettgemacht.

Verheizte Kapitalien

Von Karl Hermann, Leipzig

Die riesigen fehnernen Angemete, die mit ihren rauchgeschwärmten Röhren das Bahrgelände aller Industrieanlagen bilden, scheinen unüberhörbar von aller der weitgehenden Aufmerksamkeit, mit der die technische Kontrolle und Berechnung sonst sogar den kleinsten Gegenstand verfolgt. So mag mancher denken, der in dem quakenden Steinturm nur die große Pöhr zur Hochleitung des Rauchs sieht. In Wirklichkeit aber erfordert sowohl der kostspielige Bau wie auch der richtige Betrieb eines Dampfmaschinen die gründliche Beachtung ganz bestimmter technischer Regeln, denn von dem richtigen Funktionieren des Schornsteins hängt ja schließlich der ganze Betrieb der Kessel und Maschinen ab. Seine Rolle ist also auf jeden Fall eine andere als die des bloßen Rauchableiters. Er verfolgt vielmehr die Feuerung mit der notwendigen Verbrennungsluft, indem er einen lebhafte Aufstieg durch Kofst und Glut sorgt und damit die Flamme anfaßt, gleichzeitig aber auch deren Reste, die heißen Feuertaste, weiterträgt und sie überall an den Kesselwandungen, Überhitzern und Vorwärmern wieder läßt. Die Erzeugung des Aufstiegs ist die Hauptfunktion des Schornsteins und die Ableitung des Rauchs in höhere Regionen, wo er nicht quillt und schadet, geht eigentlich nur nebenher. Doch der Kamin verrichtet diesen Nebenjob sehr gut, weil ihm seine für den Hauptzweck nötige Höhe dazu gelangt macht.

Sehr oft trifft man recht träge Ansichten über das Zustandekommen des so wichtigen Schornsteinaufstiegs. Zunächst natürlich liegt der Grund in dem bekannten Verfahren erwärmter Luft, auszuweichen, weil sie infolge ihrer Temperatur ausgedehnt und deshalb leichter ist als die umgebende, die sich ihr gegenüber kälter, dichter und schwerer stellt. Der Auftrieb heizer Luft ist keineswegs unbedeutend. Man hat an einem Kubikmeter Luft von 100 Grad ungefähr 350 Gramm Substanz gemessen, eine Größe, die mit höherer Hitze zunimmt, wenn auch nicht in demselben Maße. Eine kleine Korrektur verlangt wohl die Beschaffenheit der heißen Gase, denn die erwärmten Gasen gelten für erhitze reine Luft, während aus der Chemie des Verbrennungsprozesses nur ein Gemisch von heißem Stickstoffgas und der an sich schwereren Kohlenäure resultiert. Zusammen auf das heiße Gasgemisch ebenfalls einen kräftigen Auftrieb im Schornstein hervor, dem sofort ein ununterbrochenes Steigen und Hinabgleiten der ganzen, den Innerraum erfüllenden Gasmasse folgt. Dafür muß dann reine Luft fortwährend von unten nachströmen, die ihren Weg durch Feuerung, Kofst und Glut und die folgenden Röhren und Kanäle sucht. Das ist der Auftrieb des Schornsteins, aber wohlverstanden immer nur, wenn er einmal richtig im Betrieb ist. Denn sobald man sich den Zusammenhang genauer überlegt, wird man finden, daß sich, wie vielfach in der Technik, Ursache und Wirkung

einander ergänzen. Solange eine Feuerung mitsamt ihrem Kamin kalt ist — wie bei Neubauten stets und nach längerem Stillstand öfters —, regt sich der Auftrieb fast kaum oder gar nicht. Man muß dann durch einen kleinen Kunstgriff erst eine heibende Gasäule im Schornstein schaffen, indem man ein Augenblicksfeuer von Kohle oder Papier darin entzündet. Zwar quillt dabei anfänglich der Rauch oben zur Feuerung heraus, jedoch beobachtet man, wie er plötzlich einwärts zieht. Nun finden auch die wärmeren Rauchgase ihren rechten Weg durch die Feuerungskanäle zum Schornstein, bilden mit ihrer Temperatur eine aufstrebende Gasäule und halten einen neuen Luftzug aufrecht, der wiederum, bald in heiße Rauchgase vermandelt, neuen Auftrieb erregt. Es ist also ein wechselseitiges Ergänzen der Funktionen, das um so vollkommener wird, je intensiver sich Feuerung, Kanäle und Kamin erhitzen. Je heißer die aufstrebende Rauchgasäule, um so kräftiger der Luftzug.

Soweit das Naturgesetz, dem sich die Technik fügen muß. Aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, die nicht überschritten werden darf, wenn das Gute nicht im Übermaß in sein Gegenteil, das heißt ins Schädliche umschlagen soll. Denn bei jener Grenze wird das Naturgesetz der heibenden Heißgasäule durchkreuzt von einem ganz einfachen Gebot der Wirtschaftlichkeit, und diesem muß die Technik so gehorchen wie dem Naturgesetz. Darum darf die Erhebung der Rauchgase nicht ins Ungemessene gehen, weil die Wirtschaftlichkeit des Betriebs eine möglichst vollständige Ausnutzung des Verbrennungsprozesses und der Verbrennungswärme verlangt. Hierzu gehört eben auch, daß die Rauchgase nicht zuviel von der wertvollen Wärme hinausführen, mit anderen Worten: nicht zu heiß entweichen. Mit der kostbaren Wärme der teuren Kohle wollen wir nicht den Engeln im Himmel eine Schwärze bereiten, sondern damit wollen wir hier unten auf der Erde den produktiv notwendigen Dampf erzeugen, und zwar mit wenig Kohle möglichst viel. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß wir die Verbrennungswärme so gut wie möglich auf die Dampferzeugung konzentrieren müssen. Den Rauchgasen dürfen wir nur soviel Wärme lassen, wie sie eben zur Hervorbringung des erforderlichen Luftzuges nötig haben. Der regelrechte Wärmegrad ist jener Mitteltemperatur, bei der ein hinreichend kräftiger Auftrieb im Kamin entsteht. Diese einwandfrei zu messen, muß bei jeder Dampfstellanlage eigentlich eine selbstverständliche Maßregel der Betriebskontrolle sein. Die Messung der Rauchgastemperatur hat den „Fuchs“ zum Ausgangspunkt, womit man den Übergangskanal zwischen Kessel und Schornstein bezeichnet.

Aber wie verhält es sich damit in der Praxis? Mancher unserer modernen Betriebsleiter erzählt mit bedauerndem Nicken von der technischen Rückständigkeit bäuerlicher Kleinbränerien, wo man die Temperatur der Röhren durch Entzünden des Fingers bestimmt. Fragt man ihn jedoch nach der so wichtigen Fuchstemperatur in dem von ihm verwalteten Betrieb, wo Tag für Tag die Kessel geheizt, sondern viele Feiner von Kohle verbraucht und Kapitalien für Kohle aufgewandt werden — siehe da, er ist noch blinder als das verblödete Bäuerlein. Dem Messungen sind überhaupt noch niemals vorgenommen, sondern der ganze Kesselbetrieb nach bloßer Schätzung geführt worden.

Dabei ist die Messung der Temperatur der Fuchsgase weder eine Haupt- und Staatsaktion, noch eine tiefergründige Professorenarbeit, sondern mit dem speziell dafür angefertigten Instrumenten heute von jedem halbwegs erfahrenen Maschinenführer rasch ausgeführt. Wegen der Wichtigkeit der Sache seien die Instrumente hier mit einigen Worten beschrieben.

Woll die in Betracht kommenden Wärmegrade zwischen 200 und 400 Grad Celsius liegen, ist selbstredend dabei mit einem gewöhnlichen Thermometer nicht auszurichten. Man benutzt vielmehr gewisse, für größere Hitze geeignete Thermometer, die man bisweilen schon Pyrometer nennt, obwohl diese Bezeichnung anderen Instrumenten gebliebt. Diese Rauchgasthermometer sind zunächst, der Bauart der Verwendung entsprechend, an sich kompakter gearbeitet und in Metallarmaturen eingekapselt. Am besten ist das bei der Stiefelform möglich, wo sich an die Stiele von normaler Größe nach unten das Kapillarrohr ziemlich lang fortsetzt und daran sich erst ein Stück tief unten die Regel anschließt. Das gläserne Kapillarrohr steckt in einem besonderen Gefäß oder Aluminiumrohr mit zahlreichen Röhren im unteren Ende, das man durch eine Maueröffnung in den Fuchs steckt und etwas abblöht. Damit das Quecksilber in der Hitze nicht verdampfen kann, ist sein darüber befindlicher, leerer Kapillarraum mit Stickstoff unter Druck gefüllt. Bald nach dem Einsetzen des Thermometers hat das Quecksilber einen bestimmten Punkt der Skala erreicht, den es nun allmählich nach oben oder unten hin ein Stückchen verdrängt — die Rauchgastemperatur. Willkürlich sei erwähnt, daß sie an dem weissen, gut gewarnten Kesselanlagen sich zwischen 250 und 270 Grad halten wird. Das ist zunächst die ganze Messungsarbeit. Wir glauben, es ist nicht zuviel verlangt.

Es schadet nun aber gar nichts, wenn sie bei Gelegenheit öfters einmal wiederholt wird, zum Beispiel beim Wechsel der Kohlenföhr, der angefügten Kessel, der Art und Belastung der betriebenen Dampfmaschinen. Riemlich oft kommt es vor, daß ein und dieselbe Kesselanlage von zwei Schornsteinen gelüftet wird, vielleicht einem alten kleineren und einem größeren neuen. Auch da tut man gut, die Rauchgastemperatur am Fuchs des einen und des anderen zu kontrollieren. Gar mancher wertvolle Wärmepunkt verliert sich in der Praxis dabei herausstellen und zu bewerten sein. Mancher Betriebsfehler und mancher Kohlenverlust wird Kargutage treten, an dem man vorher nichtsahnend und gleichgültig vorbeigegangen ist. Auch in diesem Falle mögen einige Zahlen helfen sprechen als tausend Worte. Unter der gleichen Annahme guter Kesselwartung würde man bei 270 Grad noch mit einem unvermeidlichen Verlust von über 13 Prozent der gesamten in der Kohle enthaltenen Wärme zu rechnen haben. Mit folgender Temperatur würde der Wärmeverlust im Sinne unserer Ausführungen ebenfalls weiter wachsen, und zwar bei 300 Grad schon auf fast 15 Prozent. Bei 350 Grad beträgt die Verlustzahl schon 16,5 Prozent und nimmt danach stark zu, 19 Prozent bei 400 Grad. Viel braucht die Temperatur nachher nicht mehr zu steigen, um 20 Prozent Verlust herbeizuführen, also ein Fünftel der überhaupt verwertbaren Wärmemenge.

Wir haben die Verhältnisse unter guter Kesselwartung betrachtet. Als Maßstab dafür dient in der technischen Praxis die chemische Beschaffenheit der Rauchgase, ihr Gehalt an Kohlenäure. Obwohl dafür ebenfalls eigene Konstruktionen, den tatsächlichen Bedürfnissen gegebene Apparate existieren, ist die chemische Rauchgasanalyse dennoch in vielen Betrieben etwas Ungekanntes. Trotzdem ist sie zur richtigen Betriebskontrolle und, was sich daraus ergibt, zur rationalen Betriebsführung ebenso unerlässlich wie die Größe zur Bestimmung der Fuchstemperatur. Willkürlich findet sich gelegentlich in der W.-B. einmal Raum, um die wirtschaftliche Bedeutung dieser Art der Betriebskontrolle eingehender zu würdigen. Heute sei nur zur Ergänzung bemerkt, daß falsche Kesselwartung — zunächst gleichgültig, durch welche Umstände bewirkt — jene Wärmeverluste noch ganz wesentlich vergrößert. Die Verluste vergrößern sich zum Beispiel unter ungünstigen Verbrennungsumständen bald dreifach, so daß unter schlechten Verhältnissen sogar bis zu 40 Prozent Wärmeverlust zu bezugelassen wären. Also zwei Fünftel der wertvollen Kohlenhitze fliegen in diesem Falle nutzlos zum Kamin hinaus. Wären wir an einem praktischen Beispiel das jährliche Kohlenkonto auf 100 000 M, so wäre es ein Kapital von 40 000 M, das man dem Aufgeblähten operiert. Selbst das, was wir oben als unvermeidlichen Verlust bezeichneten mußten, was an Hitze überhaupt zur Zuzugung aufgewandt werden muß, würde noch den Posten von 18 000 M betragen.

Summierlich, glaube ich, müßten solche Zahlen jedem Kollegen und jedem Betriebsrat wohl zu denken geben und ihn bewegen, in einer Zeit der Betriebs- und Produktionsnotdung aus Kofstmanangel der Frage nach technischen Verlusten schon aus volkswirtschaftlichen Gründen einmal näher zu treten. Es wird nichts schaden, wenn die Betriebsräte auch solche Dinge im Auge behalten und bei passender Gelegenheit ihre Meinung darüber an der richtigen Stelle zum Ausdruck bringen.

Berichte

Gravure und Zisleure.

Am 4. April vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin stattgehabten Reichsarbeitsverhandlungen für das Gravure- und Zisleuregewerbe in Sachen der geforderten Lohnposition haben vorläufig zu folgendem Schiedsspruch geführt:

1. Die dem Deutschen Gravure- und Zisleurebund angeschlossenen Arbeitgeber werden für verpflichtet erklärt, vom 1. April 1921 ab auf die bestehenden Tariflöhne (Löhne des Reichstarifs und Zulagen vom 1. Dezember 1920) einen Zuschlag von 20 Prozent zu gewähren.
2. Die bestehende Stufenstruktur von 4 Stufen wird auf zwei Stufen beschränkt. Es erfolgt eine Erhöhung auf den Grundlohn von 55 Prozent bis zu 500 000 Einwohnern, von 70 Prozent über 500 000 Einwohnern.
3. In Städten, die nachweislich zu den teuren Orten gehören, wird die Erhöhung von 70 Prozent auf den Grundlohn zugelassen, auch wenn sie weniger als 500 000 Einwohner zählen.
4. Die Entscheidung hierüber haben die örtlichen Schlichtungsausschüsse.
5. Bestehende bessere Lohnbedingungen werden durch diesen Schiedsspruch nicht berührt.

Begründung.

Der Schlichtungsausschuss sieht die Gravure und Zisleure als hochqualifizierte Arbeiter an, die nach dem Berliner Metalltarif zu Klasse I gehören würden.

Der Schlichtungsausschuss hat ferner berücksichtigt, daß den Gravuren und Zisleuren soziale Zulagen bisher nicht gewährt worden sind. Er hat von der Einführung solcher Zulagen Abstand genommen, weil ein Umlageverfahren, wie es zwischen den Arbeitgebern der Berliner Metallindustrie üblich ist, im Gravure- und Zisleuregewerbe nicht besteht und infolgedessen eine Gefährdung der arbeitstätigen und inaktiven Arbeiter herbeigeführt werden könnte.

Unter Berücksichtigung der durch den vorliegenden Schiedsspruch bewilligten Zuschläge entsprechen die Löhne der Gravure und Zisleure in Orten mit 70 Prozent Erhöhung auf den Grundlohn denen der hochqualifizierten Arbeiter der Klasse I des Berliner Metalltarifs unter Einberechnung des Durchschnittsbetrages der sozialen Zulagen.

Die Beschränkung der Stufenstruktur auf zwei Gruppen ist erfolgt, weil die Kosten der Lebenshaltung in kleineren Städten nicht wesentlich geringer sind als die in größeren Städten.

Dr. Oppenheim, Vorsitzender.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss waren auf Grund des Verhaltens der Reichsvertretung notwendig. Die Bundesleitung, die doch gleichzeitig als Tarifkommission für die Meister gilt, mußte uns zu, die Stündigung der Lohnposition wieder zurückzunehmen, ohne mit unserer Vertretung auf dem Wege der Verhandlung das Ziel und Wider unserer Forderungen gepußt zu haben. Aus dem Verhalten dieser Bundesleitung geht immer mehr hervor, daß ihr das nötige Verständnis dafür abgeht, was notwendig ist, um mit feinsten Kontrahenten einigermassen zurecht zu kommen. Die Herren erklärten uns in wäuter Unterhaltung ganz unversoren, sie wären nicht zu Verhandlungen gekommen, wenn wir sie nicht vor die Schlichtung einlangt geklärt hätten. Diese Bundesleitung muß erst noch durch die Zeit zu die wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die Organisation der Arbeiter, eventuell auch durch die Gesetzgebung ertragen und gewonnen werden, sich an dem Verhandlungstisch einzufinden, wenn die Verhältnisse es bedingen. Der Reichstarif ist ganz gut, wenn er nur nach ihrem Willen sich formt, sobald aber die Vertreter der Arbeiter daran weiter formen und bilden wollen, treiben die Herren die Vorderfront bis zur Mäherlichkeit. Es war selbstverständlich, daß sie vor dem Schlichtungsausschuss erklärten, sie erkennen den Schiedsspruch nicht an. Inmoleit hier eine Anerkennung von dieser Seite erfolgen wird, wird die Zukunft ergeben. Diejenigen Meister, die in guter Konjunktur stehen, werden sich mit diesem Schiedsspruch abfinden, denn von unserer Seite ist der Antrag auf Rechtsverbindlichkeitsklärung sofort anschließend gestellt. Jedemfalls wird sich das Reichsarbeitsministerium in nächster Zeit mit diesem Schiedsspruch noch beschäftigen müssen. Vorläufig ist die Rechtslage so, daß die alten Löhne ab 1. Dezember 1920, wenn die Abwärtstende Aufhebung der Löhne vom 13. April 1920 zurückgehen ist, die auch für rechtsverbindlich erklärt sind, noch gelten. Die Meister sind also verpflichtet, diese Löhnsätze zu zahlen, es kommt nur darauf an, daß die Gehülfen ihre Rechte geltend machen und dementsprechend ihre Forderungen stellen. Im nächsten Rundschreiben werden wir über die Arbeiten der Tarifkommission aus Anlaß der Tarifverhandlungen eingehend berichten.

Metallarbeiter.

Bodwig. In der letzten Mitgliederversammlung wurde die Einführung des Vertretersystems zur Generalversammlung beschlossen. Bei der Größe unserer Verwaltungsstelle kann nur durch die Mitarbeit der Vertrauensmänner positive Arbeit geleistet werden. Zur Unterstützung der verhassten und gemäßigten Kollegen aus dem letzten Generalstreik ist beschlossen worden, den Lokalbeitrag auf 1,50 M festzusetzen. Die Erhöhung gilt von der 19. Beitragswoche. Dieser Schritt war notwendig, da durch den vier Wochen währenden Streik der Lauchhammer Arbeiter die Mittel der Lokalkasse stark in Mitleidenschaft gezogen sind. Wir müssen den Kampffonds der Lokalkasse wieder füllen.

Oagen. In einer Funktionärerversammlung am 2. April 1921 in Oagen i. B. wurde die augenblickliche Lage innerhalb der Arbeiterbewegung besprochen. Der Bevollmächtigte Kollege Sänger schilderte die vergangene und jetzt bestehende Situation, verurteilte das Schreiben aller Drahtzieher der Streibewegung, die, trotzdem sie wußten, daß ohne die Gewerkschaften und die Gesamtarbeiterschaft jeder von irgendwelcher Seite in Szene gesetzte Generalstreik als Mißerfolg enden muß, dennoch solchen ausriefen und damit über große Teile der Arbeiterschaft namenloses Unglück brachten. Ganz abgesehen davon, daß dieser Mißerfolg alle Arbeiter trifft, da die reaktionäre Gesellschaft alles tun wird, um daraus der Arbeiterschaft irgendwie einen Streik zu brechen, müssen wir alles tun, um die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft vor weiterem Schaden zu bewahren. Wir verurteilen deshalb die angewandte Taktik der Unionisten, Syndikalisten und R.F.W.D. und die bei solchem Vorgehen nicht ausbleibende Provokation und Spitzeltätigkeit anrüchiger Elemente. Alle Diskussionsredner sprachen sich in demselben Sinne aus. Handlungen, die zur Verelendung der Massen führen und damit nur der Reaktion dienen, wurden abgelehnt. Als Niederschlag der Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen, die wir zweifellos als einen Erfolg zur Klärung innerhalb unserer Reihen bezeichnen können: Die am 2. April 1921 im Kaiserhof stattgefundene Vertrauensmännerführung verurteilt auf das entschiedenste den von den Unionisten, Syndikalisten und der Leitung der R.F.W.D. in Szene gesetzten Generalstreik. Im Grunde mit Spitzeln und Provokateuren hat man große Teile der revolutionären Arbeiterschaft in eine häuige Lage gebracht und der Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden zugefügt. Die Vertrauensleute verpflichten sich, mit aller Kraft das Los der irreführten Opfer zu erleichtern. Ferner protestieren die Vertrauensleute energig gegen die in Aussicht genommenen Ausnahmegerichte und erwarten, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund alle Mittel in Bewegung setzt, um die Erziehung von Ausnahmegerichten zu verhindern.

Heilbronn. Die Generalversammlung vom 1. Quartal 1921 tagte am Samstag den 9. April, nachmittags, bei Müller. Den Kassenericht gibt Kollege Ellinger. An Neuaufnahmen hatten wir 366. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen einschließlich des Kassenschatzes 173 927,24 M. Bei den Ausgaben ist besonders hervorzuheben die Krankenunterstützung mit 17 794,36 M. die Arbeitslosenunterstützung mit 10 262,40 M. Die Gesamtausgaben betragen 168 095,28 M. Die Lokalkasse hat am Schluß des Quartals einen Bestand von 83 374,79 M. Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf

140 966,84 M. In der Mitgliederbewegung kommt die ungünstige Wirtschaftslage zum Ausdruck. Vorhanden sind: 5125 männliche und 275 weibliche Mitglieder. Kollege Bahler geht im Geschäftsbericht näher auf die gesamte Wirtschaftslage im Heilbronner Industriegebiet ein und bespricht die Erfolge der letzten Lohnbewegungen. Mit Ausnahme des Kollegen Schmeißer hob niemand Kritik an der Geschäftsleitung. Zu Punkt 2 erstattet Kollege Ziegler ein instruktives Referat über Steuerfragen im allgemeinen, Veranlagung und Abgabe der Steuererklärung. Eingehend schildert Redner die hauptsächlichsten Bestimmungen des Gesetzes. Eine ausgedehnte Debatte schloß sich an die Darlegungen.

Kasselerläuterung. In der Mitgliederversammlung am 10. April gab Kollege Jäger den Geschäftsbericht. Er führte aus: Das erste Quartal stand im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise. Es gilt, alle Kräfte anzuspannen, um uns hiergegen den Kapitalismus behaupten zu können. Die Arbeit der Ortsverwaltung war eine große. Der Kollektivvertrag, welcher jetzt in Kraft getreten ist, wurde mit wesentlichen Verbesserungen abgeschlossen. Schlichtungs- und Gewerbegericht wurden in verschiedenen Fällen von uns mit Erfolg angeregt. Ein neuer Rahmenvertrag wurde geschlossen. Lohn- und Beschäftigungsabkommen sowie Regelung der Werkzeugefrage hatten noch der Erledigung. Durch die gute Arbeit der Betriebsräte wurden Verbesserungen im Lohnsatz erzielt. Die Mitgliederzahl ist im Steigen begriffen, obgleich ein großer Abgang nach dem Eisenbahnverband zu verzeichnen ist. Der Verband hat große Mittel zur Bildung und Belehrung der Kollegen ausgewandt. Den Besuchern der Volkshochschule werden zwei Drittel der Kosten zurückerstattet. Bei der Gewerkschaftshaus-V. b. h. sind wir mit tätig. Um unsere Ziele zu erreichen und durchzuführen, ist Geschäftserfahrung und Gemeinheitsfähigkeit oberster Grundsatz. Alle Zerrüttung und Spaltung ist Verböden am Proletariat und liefert unserm Feind, dem Kapitalismus, Wäher auf seine Wäher. Fort mit dem Bruderkampf Einzel und geschlossen einer besseren Zukunft hem. östlicheren Sozialismus entgegen! R. 7. Bei I. erklärt den Kassenericht. Einnahmen und Ausgaben stehen in Einklang. Die Lokalkasse verfügt über ein ansehnliches Vermögen.

Schweinfurt. Bei dem am 3. April stattgefundenen Betriebsratswahl bei der Firma Fichtel & Söhne erhielt die Liste des Reichsarbeitsverbandes 1873, die des Christlichen Metallarbeiterverbandes 465 Stimmen. Dieses Resultat bedeutet für die freien Gewerkschaften einen Gewinn von zwei Mandaten, für die Christlichen Gewerkschaften einen Verlust von einem Mandat. In den übrigen Angestelltenverbänden haben die Christlichen zwei, die Listen 23 Mandate errungen. Bei den Firmen Walter & Kuffner, Jochim & Söhl verloren die Christlichen 7 einziges Mandat, das sie hatten. Mit diesem Resultat vergleicht man das Ergebnis, das die Christlichen in ganz Deutschland über den Schweinfurter Streik, über die „großen“ Erfolge der Christlichen annehmen. Wie schreiben sie doch als Motto über ihre Flugblätter: „In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ und die festgedruckte Überschrift lautet: „Der Zusammenbruch.“ Vielleicht beherzigt der Flugblattschreiber für die Zukunft das Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine.“

Wiesbaden. Am Montag den 4. April 1921 fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen die Stuttgarter Forderungen und der „Offene Brief“ der R.F.W.D. In einstündiger Rede referierte Kollege Reinsperger über diese Frage und schilderte in kurzen Zügen und leicht verständlicher Weise die politische und wirtschaftliche Lage und die traurigen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterbewegung; er legte die Stuttgarter Forderungen und die des Offenen Briefes auseinander und wies die Fälligkeit und die Wichtigkeit, die mit dem ausgemerkten Fragen erreicht werden sollen, nach. Zum Schluß empfiehlt er den Kollegen die Zustimmung zu der vom Vorstand und dem erweiterten Beirat gefassten Resolution, welche denn auch mit übergroßer Mehrheit angenommen wurde. Für die Annahme der kommunistischen Forderungen sprach Kollege Hell, fand aber wenig Anklang. In der anschließenden Diskussion, in der verschiedene Kommunisten das Wort ergriffen, gingen die Bogen der Erregung des öfteren ziemlich hoch. In ihrer elenden Kampfesweise schwanden die Kommunisten vor nichts zurück. Es konnte festgestellt werden, daß in Wiesbaden ein Boden für die kommunistischen Methoden nicht vorhanden ist, denn trotz der fieberhaften Agitation brachten sie nur eine kleine Zahl für ihre Resolutionen zusammen. Die Kollegen müssen aber auch in Zukunft immer recht zahlreich in den Versammlungen erscheinen, denn dann kann auch jeglicher Überumpelung vorgebeugt werden. Drei Delegierte zur Bezirkskonferenz am 8. Mai d. J. in Frankfurt wurden noch gewählt.

Rundschau

Die Diplomatie im Dienste des Kapitalismus.

Beim Oportkongress der belgischen Sozialdemokraten machte die Vertreterin der luxemburgischen Sozialistenpartei darauf aufmerksam, daß der belgische Geschäftsträger Schritte bei der luxemburgischen Regierung unternommen habe, um die Auflösung der Betriebsräte durchzusetzen. Dies geschah anlässlich des luxemburgischen Generalstreiks. Durch diesen Akt der Diplomaten ging der Streik für die Arbeitererschaft verloren. Diese Erklärung rief eine starke Erregung hervor. Minister Wauters sagte, daß das belgische Außenministerium dem betreffenden Diplomaten niemals derartige Anweisungen erteilt habe; auch er habe niemals einen solchen Schritt unternommen. Wenn die Regierung sich jemals in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes eine solche Einmischung erlauben sollte, so würden entweder die Sozialisten aus der Regierung austreten oder aber der betreffende Minister müßte sein Amt niederlegen. Diese Erklärung rief langanhaltenden Beifall hervor.

Warum befragen sie nicht einen Volkswirtschaftler?

Wenn Frankreich den deutschen Arbeiter zu überhanden bei niedrigen Löhnen zwingen wird — so führt ein amerikanisches Blatt aus —, so muß binnen kurzem den französischen Arbeiter dasselbe Schicksal ereilen, also Lohnverdrängung und angestrenzte Arbeit. Dies folgt aus schwerwiegenden wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, und falls Herr Briand oder Herr Millerand einen französischen Volkswirtschaftler, wie zum Beispiel den bekannten Yves Guenet befragt hätten, er hätte sie darüber belehren können. Warum haben sie keinen wissenschaftlich geschulten Volkswirtschaftler befragt, fragt das Blatt. Warum? Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine, daß sich die Politiker in Frankreich wie auch anderswo von Volkswirtschaftlern nicht befragen lassen, sie wollen das wirtschaftliche Schicksal der Völker von Fühlensinstincten ungetrübt entscheiden. Die andere, daß sich Herr Briand um die Lohnverdrängung des französischen Arbeiters wenig Sorgen macht. Oder aber beide....

Einmalige Abfindung für solche Kriegsbefähigten, die zehn Prozent Rente beziehen.

Auf Grund des neuen Reichsversorgungsgesetzes erhalten, wie der Reichsbund der Kriegsbefähigten mittelst, diejenigen Versorgungsberechtigten, die auf Grund des R.W.G. 1906 eine Rente von 10 Prozent beziehen, keine fortlaufenden Versorgungsgebühren mehr. Während nach dem R.W.G. 1906 schon eine Rente gewährt wurde, wenn die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit 10 Prozent betrug, wird nach dem Reichsversorgungsgesetz nur dann Rente gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit mindestens um 15 Prozent gemindert ist. In diesem Fall stehen nach dem Reichsversorgungsgesetz 20 Prozent Rente zu. Ab 1. Januar 1921 haben solche Befähigte, die bisher 10 Prozent

Rente bezogen haben oder die bei einer auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes bei der Unanerkenntnis vorgenommener Untersuchung um weniger als 15 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt anerkannt werden, keinen Anspruch mehr auf Rente. Als Entscheidung für den Fortfall ihres Versorgungsanspruches erhalten diese Kriegsbefähigten eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages derjenigen Bezüge, die ihnen am 1. April 1920 zustanden. Die Abfindungssummen betragen:

für Gemeine	1096,20 M.
für Unteroffiziere	1121,40
für Sergeanten	1171,80
für Feldwebel	1247,40

Wobei die Versorgungsberechtigten bis jetzt Kriegszulage bezogen haben müssen. Stand keine Kriegszulage zu, so ermäßigt sich die Abfindungssumme entsprechend) des auf die Kriegszulage entfallenden Betrages. Bei der Abfindung darf die ab 1. Mai 1920 auf die bis zum 31. Dezember 1920 noch monatlich zahlbaren Rentenbezüge gewährte Steuerzulage von 30 Prozent nicht in Anrechnung gebracht werden. Wohl werden aber auf die Abfindungssumme diejenigen Bezüge angerechnet, die die Befähigten seit dem 1. Januar 1921 ausbezahlt erhalten haben. Bei solchen Befähigten, die als Beamte oder in der Eigenschaft eines Beamten im Zivildienst angestellt sind und von deren Rentenbezügen gemäß der Vorschrift des § 36 Nr. 3 des R.W.G. 1906 ein Teil ruht, werden nur diejenigen Beträge bei der Berechnung der Abfindung in Betracht gezogen, die den Befähigten tatsächlich ausbezahlt worden sind. Für den ruhenden Rentenbetrag wird den Beamten eine Abfindung nicht gewährt.

Schlichtungsausschüsse u. Schwerebeschädigtengesetz.

Auf eine Anfrage an das Reichsarbeitsministerium über das Zuständigkeitsgebiet der Schlichtungsausschüsse wurde dem Reichsbund der Kriegsbefähigten mitgeteilt, daß die Schlichtungsausschüsse lediglich dafür zuständig sind, zu entscheiden, ob eine besondere Pflicht der Arbeitgeber durch das Gesetz über die Beschäftigung Schwerebeschädigter vom 6. April 1920 geschaffen ist, also insbesondere eine Pflicht zur Einstellung nach § 1, zur Freihaltung von Arbeitsplätzen nach § 5 und zur Erstellung besonderer Schutzmaßnahmen nach § 2. Dagegen ist durch § 13 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerebeschädigter keine weitere Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse bezüglich anderer Fragen, die sich auf den Arbeitsvertrag der Kriegsbefähigten beziehen (Höhe der Entlohnung, Arbeitszeit, Urlaub), neu begründet worden. In dieser Richtung gelten nach wie vor die selben Bestimmungen wie für andere Arbeiter.

Reichsgerichtsurteil über die Ausbeutung der Arbeitskraft des genialen Arbeiters.

Der wegen Drucks der Konkurrenzklause Beflagte war bei der Klägerin, einer westfälischen Maschinenfabrik, erst als Schlosser, dann als Vorarbeiter tätig gewesen. Die Klägerin schloß mit ihm einen Vertrag, in dem der Beflagte sich verpflichtete, alle den Betrieb der Klägerin betreffenden Erfindungen, welche er während der Dauer des Vertrages und innerhalb zweier Jahre nach dessen Auflösung machen würde, der Klägerin zu schenken. Zugleich verpflichtete sich der Beflagte, zwei Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Fabrik keine Stellung in einem Wettbewerbsgeschäft anzunehmen, noch sich an einem solchen zu beteiligen. Derselben Konkurrenzklause ist vom Oberlandesgericht Hamm und vom Reichsgericht wegen Verstoßes gegen die guten Sitten als unanwendbar erklärt worden aus folgenden Entscheidungsgründen:

Der Beflagte hatte sich bei der Klägerin vom einfachen Schlosser zum Vorarbeiter, dann zum Bedienten und schließlich zum Obermeister emporgearbeitet. Während seiner Dienstzeit bei der Klägerin machte er mehrere, zum Teil durch Patent geschützte Erfindungen, welche seine Prinzipalität mit Erfolg für sich benutzte und verwertete. Es war ihr daher nicht zu verargen, daß sie den Beflagten an sich zu fesseln und für den Fall seines Auscheidens sich gegen Wettbewerb zu schützen suchte. Dabei hat sie aber einen Weg eingeschlagen, der den sozialen Bedürfnissen in keiner Weise Rechnung trug. Sie hat lediglich ihren eigenen Vorteil verfolgt und dem Beflagten mit Bestimmungen belastet, die den Beflagten zu ihrem geistigen Werkzeug machten oder ihn, wenn er das nicht bleiben wollte, die Möglichkeit weiteren sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs nahmen. Alle Erfindungen, welche der Beflagte während seiner Dienstzeit machte, fielen ihr ohne Gegenleistung zu. Den künftigen Lohn seiner geistigen Schöpfungen genoss also nicht er, sondern die Klägerin. Im Verträge war das Jahresgehalt des Beflagten auf 2400 M festgesetzt, ohne daß ihm ein Anspruch auf Erhöhung eingeräumt war. Nach den eigenen Angaben der Klägerin hatte sie es bis zum Jahre 1916 allmählich auf 3200 M und während der Dauer der Kriegs- und Revolutionszeit, d. h. im Jahre 1917 auf 4115 M, im Jahre 1918 auf 6303 M und im Jahre 1919 auf 8070 M steigen lassen. Ersparnisse konnte der verheiratete und vermögenslose Beflagte also unmöglich machen. Unter diesen Umständen war es für ihn aber fast ausgeschlossen, seine Stellung bei der Klägerin aufzugeben und jemals wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen. Denn während zweier Jahre nach seinem Austritte aus der Klägerischen Fabrik war er gezwungen, seine im Schrotmühlensbau erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen brachliegen zu lassen, zwei Jahre lang durfte er an keinem Orte Deutschlands in seinem ihm hauptsächlich vertrauten Spezialfache sich betätigen. Aber nicht genug damit, er mußte auch in diesen zwei Jahren nicht nur die auf dem Gebiete des Schrotmühlensbaues liegenden, sondern alle in den Fabrikbetrieb der Klägerin einschlagenden Erfindungen unentgeltlich an diese übertragen. Das war eine durch nichts zu rechtfertigende Ausbeutung, eine wirtschaftliche Grausamkeit. Da er mittellos war, mußte er sich hüten, die Stellung zu verlieren. Er mußte alles in Kauf nehmen, denn auch dann, wenn die Klägerin ihn grundlos entließ, sollte sie das Recht haben, ihm jede gleichwertige Betätigung in einem ähnlichen Unternehmen zu unterlagen. Ein solcher Zwang aber, der lediglich den Interessen der schon an sich wirtschaftlich kühleren Arbeitgeberin diente und ihr den wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer ausbeutete gestattete, ihm die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit raubte und seinen Willen unter ständiger Druck hielt, verstoß gegen das Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl aller anständig denkenden und empfindenden Volksgenossen und damit gegen die guten Sitten (§ 138 BGB.). Nach der Regel des § 139 BGB. ist daher der ganze Vertrag nichtig. (Mitschriften: III. 276/20. 7.1.21.)

Kinderzahl und wirtschaftliche Lage.

Je höher die Kultur, um so geringer ist die Kinderzahl, weil Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl u. dergl. mit steigender Kultur auch steigen. Darum ist die Kinderzahl bei den Kulturvölkern geringer als bei den Naturvölkern. Und darum ist es erziehtlich, daß auch die Kinderzahl im Proletariat geringer zu werden beginnt. Eine größere Kinderzahl ist dann nur ohne gesundheitliche Beeinträchtigung der Eltern wie der Kinder möglich, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind; aber sie sind beim Proletariat nicht erfüllt. Und darum stirbt ein großer Teil der Kinder in den kinderreichen Familien wieder. Während die Fruchtbarkeit der unteren Klasse in einer englischen Statistik die der oberen um 50 Prozent übertrugte, war die Kinderzahl im Endeffekt nur um 35 Prozent größer, weil in der unteren, kinderreichen Klasse verhältnismäßig viel mehr Kinder gestorben sind als in der oberen kinderarmen Klasse. Unter dem Zwange dieser wirtschaftlichen Voraussetzungen stehen die Menschen aber auch unbewußt, denn, und darauf weist Fehlinger in einer Arbeit in der Zeitschrift für soziale Hygiene hin, das Auf und Ab der Geburtenziffern stimmt vom Beginn bis fast zum Ende des 19. Jahrhunderts in der Hauptsache mit der Preisbewegung überein. Die erste Voraussetzung zu einem wachsenden gesunden Volke ist darum der gesunde wirtschaftliche Boden, und es ist künstlich, einen Geburtenreichtum zu fördern, ehe die soziale, wirtschaftliche Voraussetzung dafür vorhanden ist.

Verbandsstag des Arbeitermarktbundes.

Der Arbeitermarktbund hielt in den Tagen vom 25. bis 28. März in Braunschweig seinen 4. Bundesstag ab. Es nahmen an ihm 44 Delegierte teil aus den 16 Kreisen, in welchen sich der Bund über das ganze Deutsche Reich verteilt.

Der Arbeitermarktbund bekennt sich als die Organisation, die sich der Volkswirtschaft im allgemeinen und dem Samarkterwesen insbesondere widmen will. Diese Ziele sind nur auf einer neutralen Basis erreichbar.

Beschlossen wurde, daß ein neues Lehrbuch von Dr. Freyßmar (Dresden) so schnell wie möglich herausgegeben werden soll.

Gute Wirkung des Alkoholmangels.

Zahlmäßig nachgemessen ist die günstige Wirkung des Alkoholmangels in den Kriegsjahren auf die Volksgesundheit in den vor kurzem veröffentlichten, statistischen Mitteilungen aus dem Reichsgesundheitsamt. Bd. 21. Am 1. Januar 1914 waren in den deutschen Anstalten für Geistesranke (mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen) 3046, Ende 1917 nur noch 1260 männliche Zivilpersonen wegen Alkoholismus in Behandlung, also ein Rückgang um fast 60 p. C.

Europäisches Massensterben.

Die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges in Kopenhagen, die schon verschiedene wertvolle volkswirtschaftliche Schriften veröffentlichte, hat ein neues Bulletin herausgegeben: Die Bevölkerungsabnahme im Weltkrieg von Christian Döring.

Leben und Religion.

Behe denen, die Hans an Hans reihen, die Fehd an Fehd rüden, da kein Platz mehr im Lande! — Behe den Schuldigen, die den, der im Recht ist, sein Recht entziehen! — Was den Armen geraubt, ist in euren Händen! (den Händen der Bauern und Obersten des Volkes).

Es ist nicht, als wenn mit diesen Worten ein Kind des proletarischen Volkes sein ererbtes Erbe kundgibt! Und auch so mancher Führer des Kapitalismus wird denken: Natürlich wieder einer von den Hebern, die keine Ahnung haben von der göttlichen Ordnung.

So fern ist das kapitalistische Weltbild von der Religion, wenn es sie auch immer im Munde führt, daß jene oben zitierten Worte seines Propheten Jesaja ihm wie gegnerische Worte klingen. So fern ist dieses kapitalistische Weltbild von der Religion, daß es prophetische Worte der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit nur außerhalb der Religion, bei keinen politischen Gegnern kennt.

Dr. Gerhard Hoffmann

Der amerikanische Außenhandel im Jahre 1920.

Über die Entlohnung des Außenhandels der Vereinigten Staaten werden der „Frankf. Zig.“ aus Washington noch folgende Einzelheiten gemeldet. Es betrug (in Millionen Dollars):

Table with columns: Land, Einfuhr von 1919, Einfuhr von 1920, Ausfuhr nach 1919, Ausfuhr nach 1920. Rows include Europa, Nordamerika, Südamerika, Asien, Ozeanien, Afrika, and Zusammen.

Table with columns: Land, Einfuhr von 1920, Einfuhr von 1919, Ausfuhr nach 1919, Ausfuhr nach 1920. Rows include Belgien, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien, Kanada, Kuba, Mexiko, Argentinien, Brasilien, Chile, China, Japan.

Danach betrug der Ausfuhrüberschuss der Vereinigten Staaten 1920 2949,3 Mill. Doll. gegen 4016,1 Mill. Doll. 1919. Die Einfuhr nach Europa ist gegen 1919 um 721,9 Mill. Doll. zurückgegangen, während sie nach der ganzen übrigen Welt zugenommen hat.

Gewerkschaftsbewegung in Mexiko.

Seit etlichen Monaten hat Mexiko eine Arbeiterregierung. Der Präsident Alvaro Obregon ist ein Mitglied des Maschinenbauer-Verbands und war früher Mitglied des Verbandes der westlichen Bergarbeiter. Sein Premierminister P. Elias Calles war früher Gouverneur von Sonora und zwang die Bergwerksbesitzer in diesem Staat, den von ihnen ausgeperrten Bergarbeitern volle Löhne und außerdem einen Zuschuß von 50 000 Dollar an die öffentlichen Kassen zu zahlen, gerade so viel, als gebraucht wurde, um eine Anzahl neuer Schalen zu bauen.

In der Provinz Mexiko sind in den letzten sechs Monaten nicht weniger als 187 Streiks gewesen, von denen nicht einer von der Arbeiterchaft verloren wurde; vier mexikanische Staaten haben bereits Gesetze erlassen, die es den Arbeitern verbieten, anstelle von Streikenden in Arbeit zu treten.

Die von der Arbeiterregierung erlassene neue Verfassung setzt fest, daß ein Unternehmer, der ungerechtfertigterweise oder infolge von gewerkschaftlicher Propaganda oder von Streiks Arbeiter oder Angestellte entläßt, diese wieder einstellen oder ihnen auf drei Monate hinaus ihren Lohn zahlen muß. Die Verfassung setzt des weiteren den gesetzlichen Maximalarbeitszeit auf 8 Stunden fest, Nachtarbeit darf nicht über 7 Stunden ausgedehnt werden. Frauen und Kinder unter 16 Jahren dürfen nicht zu ungesunden oder gefährlichen Arbeiten gebraucht werden.

Die von der Arbeiterregierung erlassene neue Verfassung setzt fest, daß ein Unternehmer, der ungerechtfertigterweise oder infolge von gewerkschaftlicher Propaganda oder von Streiks Arbeiter oder Angestellte entläßt, diese wieder einstellen oder ihnen auf drei Monate hinaus ihren Lohn zahlen muß. Die Verfassung setzt des weiteren den gesetzlichen Maximalarbeitszeit auf 8 Stunden fest, Nachtarbeit darf nicht über 7 Stunden ausgedehnt werden.

Die von der Arbeiterregierung erlassene neue Verfassung setzt fest, daß ein Unternehmer, der ungerechtfertigterweise oder infolge von gewerkschaftlicher Propaganda oder von Streiks Arbeiter oder Angestellte entläßt, diese wieder einstellen oder ihnen auf drei Monate hinaus ihren Lohn zahlen muß.

Eingegangene Schriften

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Der Verlag Paul Cassirer, Berlin B. 10, Viktoriapl. 2, bringt sozialistische Schriften zur Revolution, die zu allen Sprachen, weil sie für alle geschrieben sind. Die Führer des Sozialismus in unseren Tagen und seine Bahnbrecher von ehemals werden in kleineren und größeren Einzelwerken, seine Klaffen in ihrem Gesamtwerk vor das Forum des deutschen Volkes gerufen. In gebieterischer Gewand, auf gutem Papier gedruckt, bringt Paul Cassirer seine Bücher auf den Markt. Sie seien allen unseren Lesern aufs wärmste empfohlen.

Der Sozialismus belittelt sich eine Schriftenreihe, die vom Genossen Otto Jensen herausgegeben ist. Folgende Bändchen sind bisher erschienen: Heinrich Heine und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Hermann Wendt. 4 M. — Robert Owen und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Helene Simon. 6 M. — Saint-Simon und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Gottfried Salomon. 4 M. — Kant, Fichte, Hegel und der Sozialismus. Von Karl Volz. 4 M. — Marx als Geschichtswissenschaftler. Von Alfred Brauns. 6 M. — Lafontaine und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Ed. Bernstein. 4 M. — Feuerbach und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Gottfried Salomon. 6 M. — Feuerbach und der Sozialismus. Von Käthe Margarete. 6 M.

Des weiteren sind von obigen Verlag zur Ausgabe gelangt: Adler, Friedrich: Politisch über den Verfassungskampf. Die Verhandlungen vor dem 5. Reichstag am 18. und 19. Mai 1917 nach dem stenographischen Protokoll. 8 M. Gebunden 10 M. — Bernstein, Eduard: Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Lebens und Kampfes. 15 M. Pappband 18 M. Halbleinband 27 M. Gebunden oder Staatsband? Eine Unterrichtsmappe. Zweite Auflage. 150 A. Gebunden und Halbleinband. 20 M. — Feiler, Franz: Der Kampf des Sozialismus. Gemeinverständliche Erläuterung von Ed. Bernstein. 8 M. Pappband 10 M. — Feiler, Franz: Die Arbeiterbewegung. Eine weltgeschichtliche Skizze in fünf Akten und einer Prolog-Intermezzo. 10 M. In Pappband 13 M. — Feiler, Franz: Die Landarbeit Europas gestern und morgen. 10 M. In Pappband gebunden 12,50 M. — Feiler, Franz: Die soziale Lage der Arbeiter. 11 bis 15. Laufend. 3,50 M. Sozialistische Landarbeit. Mit einem Anhang: Der Bauer als Erwerber. Von L. Feiler. 10 M. — Die der Weltkrieg. Dargestellt nach dem Material des Deutschen Reichsarchivs. 6 M. — Landarbeit, Europa: Kampf um Sozialismus. 11 bis 15. Laufend. 10 M. — Landarbeit. In Pappband gebunden 11 M. — Seidel, Friedrich: Lassalle und der Sozialismus. 3,50 M. — Strödel, Heinrich: Die erste Phase der zweiten Klasse. Die Geschicht der Zukunft. 10 M. In Pappband 12,50 M. — Zepher, Franz: Sozialismus und

Das alles Neben und Schellen, die in alter Ausgabe längst vergriffen waren, hat Eduard Bernstein in 12 Bänden neu herausgegeben. Paul Cassirer Verlag hat es sich angelegen sein lassen, trotz der Verteuerung des Druckmaterials den Werken das alte geübte Aussehen zur Freude jedes Bücherfreundes zu geben. Eine ausführliche Beschreibung bringen wir demnächst. Jeder Band kostet gebunden 20 M., in Pappband 27 M. und in Halbleinband 40 M.

Das Heimstättenamt der deutschen Beamtenchaft, Berlin S. 14, Alexanderstr. 42, hat folgende Schriften herausgegeben (Preis pro Heft 2 M.): Überblick über die Heimstättengesetzgebung und über die Rechtsformen in der Vorkaufsgesellschaft. Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Erman. — Großhaus oder Kleinhaus? Von Regierungsbauinspektor Dr. Kricheldorf, Dresden. — Zur Einführung in die deutsche Heimstättenbewegung. Von Hans Damaßche. — Gewerkschaft und Heimstätte. Von Joh. Lubahn. — Wo müssen wir wohnen? Technische Fragen von Regierungsbaumeister Kampen. — Der Heimstättengarten. Von Landesökonomiermeister Kampen. — Genossenschaftliche Fragen. Von Adolf Otto. Die Finanzierung von Heimstätten. Nachbarmachung der Beamtenpark für das Siedlungsweien. Von Oberregierungsrat Dr. Rudolf Dresden, und Postdirektor v. Roy, Berlin-Gatow.

Im Verlag „Volkrecht“, Frankfurt a. M., Große Friedbergerstraße 32, sind nachfolgende zwei Broschüren erschienen: Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften. Die fünf Stuttgarter Forderungen und der „Offene Brief“ der F. R. P. D. Von Robert Dühmann. Preis 0,70 M. — Die „März-Revolution“ der Revolutionäre. Eine Kritik des Zusammenbruchs der kommunistischen Parteipolitik von Stephan Heise. Preis 2.— M.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G. Hamburg.)

Abrechnung über den Unterstütlungs- und Agitationsfonds vom 1. Januar bis zum 31. März 1921.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Abrechnung über den Unterstütlungs- und Agitationsfonds vom 1. Januar bis zum 31. März 1921. Lists various locations and amounts.

Die von der Arbeiterregierung erlassene neue Verfassung setzt fest, daß ein Unternehmer, der ungerechtfertigterweise oder infolge von gewerkschaftlicher Propaganda oder von Streiks Arbeiter oder Angestellte entläßt, diese wieder einstellen oder ihnen auf drei Monate hinaus ihren Lohn zahlen muß.

Die von der Arbeiterregierung erlassene neue Verfassung setzt fest, daß ein Unternehmer, der ungerechtfertigterweise oder infolge von gewerkschaftlicher Propaganda oder von Streiks Arbeiter oder Angestellte entläßt, diese wieder einstellen oder ihnen auf drei Monate hinaus ihren Lohn zahlen muß.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachungen. Effenach. Alle Zuschriften sind von jetzt ab an den Kollegen Otto Matthes, Eisenach, Dörtystraße 3, part. zu richten. Dr. Röhren R. E. Der Schmiech Billy Scheiter, Mitgliedsbuch Nr. 316371, wird ersucht, die von der Gewerkschaftsbibliothek entlehnten Bücher sofort zurückzugeben. Zwickau. Das Bureau befindet sich jetzt: Kienker Leipzigstr. 31. „Goldener Beyer“. Fernruf 2902.

Sonstige Anzeigen. Feilen Schleifer, tüchtiger, findet dauernde Beschäftigung. Emil Rucht, Feilenfabrik, Ober-Wildingen am Bodensee. Schlicht-Maschinenbauer, tüchtiger, für Fremdenarbeit gesucht. S. W. Schmidt & Comp., Röhlsdorf 96, Queisenerstr. 17. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Röhlsdorf 16 B.

Vom Husland

Die Revolution ist ein zäher Kampf gegen jeden Fortschritt, den die Arbeiterklasse sich erwarpt und der geizig war, die Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu erweitern. So hat die Sozialdemokratie in Prag gegen die Eintragung der Betriebsräte in Böhmen entschieden. Ihre Meinung nach können die Betriebsräte höchstens beratende Organe des Unternehmers in Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen sein. Die Behauptung der Regierungsmehrheit war nach der Meinung der Arbeiter, auf die Zeit zu verlagern, bis das Wirtschaftswesen wieder in normalen Schlei fehr wird. Ruch energischer war die Antwort Arbeiter, die die Regierung, nach der Eintragung des Betriebsrates werden zu müssen glaubt, denn die Forderungen des Gesetzes waren für viele Betriebsräte und damit für das Leben der Republik katastrophal und nicht wieder getragbar. So daß die Eintragung der Betriebsräte aufgegeben wird.